

1240

Die Lüge von der Einheit

Dokumente

über die „Einheitsfront“ der
Roten Sportinternationale
und der „Kampfgemeinschaft
für rote Sporteinheit“

A 30-10365

Verlag:

Arbeiter-Turn- und -Sportbund E.V., Leipzig

Inhaltsverzeichnis.

Hauptgruppen:

	Seite
1. Die Komintern beherrscht alles	7
2. Gegen Vereinigung, für Unterordnung und Vernichtung der sozialistischen Organisationen	9
3. „Einheitsfront“ nur taktisches Manöver	14
4. Im Zeichen der „Einheit“ wurden bereits 1921 eigene Orga- nisationen gegründet	16
5. Dann wieder Kampf auf Umwegen	19
6. 1928 in der Sackgasse, darum wieder Gründung eigener Organisationen verlangt	24
7. Aufforderung zum Disziplinbruch und Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund	27
8. Der KPD.-Sportverband ist da	29
9. Die Spalterei geht weiter	34
10. Wie sieht denn die Einheit im KPD.-Sportverband aus?	38

Zu den Hauptgruppen:

1. Die Komintern beherrscht alles.

Vorwort	7
Bereits 1921 waren in Deutschland für die Kommunisten im Sport die Statuten der Komintern maßgebend	7
Der deutsche KPD.-Reichssportsekretär Wiest, Berlin, unter Kontrolle der Komintern und der RSI	8
Der Kommunistische Jugendverband untersteht der Komintern und der KPD.	8
Die Komintern fordert von der Kommunistischen Jugend bessere Arbeit.	8
Auch die Roten Gewerkschaften unterstehen der Komintern	9

2. Gegen Vereinigung, für Unterordnung und Vernichtung der sozialistischen Organisationen.

Vorwort	9
Freibrief zur Beschimpfung der sozialistischen Arbeitersport- führer	9
Sie müssen entthront werden	10
Die „Einheitsfront“ bezweckt: Nur eine Arbeitersportinter- nationale unter kommunistischer Leitung	10



ACC-10365

Völlige Eingliederung in die RSI. wird verlangt	10
Die RSI. errichtete bereits 1923 in Berlin ein offizielles Büro . .	10
Die LSI. für Verständigung auf der Grundlage gegenseitiger Achtung	11
Die RSI. gegen eine solche Verständigung	11
Sie ist nur für Diktatur und Einheit auf ihrer Grundlage . .	11
Fraktionen sind die Keimzellen der RSI. Sie müssen nach den Anweisungen der RSI. und Kommunistischen Partei arbeiten . .	11
Vernichtung der sozialistischen Organisationen ist das Ziel . .	12
Eine Vereinigung von kommunistischen und sozialistischen Organisationen kommt nie in Frage	12
Auch gemeinsame Arbeit ist ausgeschlossen	12
Die Arbeitersportbewegung soll zur Plattform im Kampf gegen die Sozialdemokratie gemacht werden	12
Beleidigung der sozialdemokratischen Bundesmitglieder durch RSI. bereits vor dem Bundestag 1928	13
Kommunistisches Eingeständnis: Gemeinschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Arbeitersport unmöglich . .	13
Lügen als Beweismittel der RSI. Der Bund ein Apparat der SPD. — Im Reichsbanner faschistische Jugend	13
Der Kampf mit der Sozialdemokratie wird im Bürgerkrieg enden	14

3. „Einheitsfront“ nur taktisches Manöver.

Nach dem Begriff „Einheit“ darf ein Kommunist nicht fragen .	14
Die „Einheitsfront“ ist nur eine vorübergehende Methode der Agitation	14
Vereinbarungen und Koalitionen mit Reformisten sind unzulässig	14
Die RSI. gegen Konferenzen mit LSI. (SASL)	15
Einheitsfronttaktik ist unversöhnlicher Kampf gegen reformistische Organisationen	15
Ein Musterbeispiel kommunistischer „Einheitsfront“	15

4. Im Zeichen der „Einheit“ wurden bereits 1921 eigene Organisationen gegründet.

Fichte Berlin spaltete sich bereits 1919	16
Berlin versuchte 1919 den Bund zu spalten	16
Der Bund sollte für politische Ziele mißbraucht werden . . .	17
Warum 1921 Gründung der RSI.?	17
Politische Verhältnisse verzögerten eine frühere Gründung der RSI.	17
Die Gründung der RSI. 1921 und ihr § 6	18
Wie stand die politische Situation damals?	18
1921 schon eine mitteldeutsche Oppositionsorganisation gegründet	18
Die überspannten Hoffnungen der Komintern	19

5. Dann wieder Kampf auf Umwegen.

Die neue Losung: Auf Umwegen kämpfen	19
Erhöhte Fraktions- und Zellenarbeit	19
Brennpunkte werden provoziert	20
Um das Pariser Abkommen von 1925	20
Der Bundesvorstand am verzögerten Russenspielabschluß 1926 schuldlos	20
Hatte die Bundesleitung ein Recht, den § 6 der RSI. heranzuziehen?	21
Der § 6 bestand trotz Ablegnens durch die RSI.	21
Die Russenspiele 1927 rechtfertigten nicht die Pariser Beschlüsse .	22
Verbilligte Eintrittspreise für Rot-Front beim Russenspiel in Halle	22
Die Russenmannschaften waren Vertreter der Kommunistischen Partei	22
Der Zweck der Russenspiele in Deutschland	23
Wo wir Kommunisten die Mehrheit haben, greifen wir durch .	23
Fraktionsarbeit ist Bundesschädigung	23

6. 1928 in der Sackgasse, darum wieder Gründung eigener Organisationen verlangt.

Nur Spaltung kann aus der Sackgasse helfen	24
Der ehemalige Spalterführer Weyer warnt vor der neuen Spaltung	24
Nach außen wird die Spaltung mit dem neuen „revolutionären Aufschwung“ gerechtfertigt	25
Die Komintern verlangt neue revolutionäre Organisationen . .	25
Das ist ganz nach dem Wunsche der KPD.	25
Lob der Komintern für die Spaltungsarbeit der deutschen Kommunisten	26
Die KJI. hinkt hinterher und wird gerüffelt	26
Was will die Komintern aus den Sportorganisationen machen? .	26

7. Aufforderung zum Disziplinbruch und Austritt aus dem Arbeiter-Turn und Sportbund.

„Brecht die Disziplin!“ ruft die RSI.	27
„Durchbrecht die gewerkschaftlichen Satzungen!“ verlangt die Komintern	27
KPD.-Sportverband gegen Opposition im Rahmen der Bundessatzung	27
Aber in der KPD wird strengste Disziplin verlangt	28
Aufforderung zum Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund	28
Einige Beispiele, wie solche Aufforderungen befolgt wurden .	28

8. Der KPD.-Sportverband ist da.

Wo oppositionelle Mehrheit, übernimmt die KPD. offen die Führung	29
Am 26. Mai 1929 offizielle Gründung des KPD.-Sportverbandes	29
Die Spaltung von Berlin, Halle usw. zur Generallinie erhoben	29
Dahlem hält den Zeitpunkt dafür für gekommen	30
Die IG. unter Führung der KPD. gebildet	30
„Die IG. ist eine parteikommunistische Schöpfung“	30
Der ganze Apparat von der KPD. organisiert	31
Anweisungen des 12. Reichsparteitages zur Organisation des eigenen Ladens	31
Wie die IG. die vorhandene Einheit zerriß	31
Eine von der KPD. aufgezogene Sache	32
Der ehemalige KPD.-Sportsekretär Wiest prangert das unehrliche Spiel der IG. an	32
Ein Zurück zum Bund läßt die KPD. nicht zu	32
Nicht die Einheit, sondern die politischen Parolen der KPD. sind maßgebend	33
Die IG.-Sportler vor den Karren der RGO. gespannt	33
KPD.-Bericht nach Rußland über ihren Sportverband	33

9. Die Spalterei geht weiter.

KPD.-Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg 1930 zeigt den roten Sportlern Richtlinien und Taktik für ihren Kampf	34
KPD.-Bezirksparteitag Sachsen 1930 fordert verstärkte Arbeit in der Sportbewegung	34
Auch von Westdeutschland wird einheitliches und geschlossenes Vorgehen verlangt	35
Anweisungen zur Beseitigung des Vereinseigentums	35
Die Spaltung des Arbeiter-Schützenbundes ein Werk der KPD.	35
Wie der Arbeiter-Mandolinistenbund gespalten wurde	36
Zurückweichen bei den Athleten verstößt gegen die Parteilinie	36
Eigene Läden auch bei den Radfahrern	36
„Provoziert und sabotiert, daß es nur so kracht!“ sagt der Naturfreundespalterführer von Württemberg	37
Auch der Arbeiter-Sänger-Bund von der KPD. gespalten	37
Noch mehr organisierte Spaltungsvorstöße werden verlangt	37

10. Wie sieht denn die Einheit im KPD.-Sportverband aus?

Die Fraktion der Unorganisierten	38
Mitglieder der KPD.-Opposition werden vom KPD.-Sportverband ausgeschlossen	38
Wer an einem KPDO.-Blatt mitarbeitet, fliegt aus dem KPD.-Sportverband	39
In Fichte Berlin ist die Verteilung der „Arbeiter-Politik“ schon Ausschußgrund	39
Rot-Sportführer saufen mit Nazis. Wer dagegen ist fliegt raus	39
Nichts ist es mit der proletarischen Demokratie	40

Die Lüge von der Einheit.

1. Die Komintern beherrscht alles.

Vorwort.

Die Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen (3.) Internationale (Komintern) und ihrer Neben-, Unter- und Hilfsorganisationen, wie Rote Sportinternationale (RSI), Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI), Kommunistische Jugendinternationale (KJI) und deren Landessektionen (KPD., RGO., KJ., Kommunistischer Sportverband usw.) meinen, wenn sie von der Einheitsfront reden, nicht die Einheitsfront in dem Sinne, daß beide die Einheit bildenden Teile gleichberechtigt sein und ihre Selbständigkeit behalten sollen, sondern Auflösung, Spaltung und Vernichtung der sozialistischen Organisationen und die Überführung der Mitglieder in die kommunistischen Organisationen, in denen naturgemäß allein die Kommunisten die uneingeschränkte Führung und das Bestimmungsrecht in Anspruch nehmen. Um das zu erreichen ist ihnen List, Lüge, Verschlagenheit und jedes andere Mittel recht. Schrieb doch die „Rote Fahne“, Berlin, das Zentralorgan der KPD. im August 1923:

„Die Lüge als bewußtes Kampfmittel,“ wie es die Kommunisten in den Tageszeitungen tun, „ist keine Lüge, sondern eine verflucht reale Notwendigkeit.“

Wir werden nachfolgend durch die Wiedergabe von authentischem Material den Nachweis erbringen, daß die genannten Organisationen und ihre Organisationsteile alle der Komintern unterstehen, nach deren Anweisungen zu handeln haben, und wie sie das tun.

★

Bereits 1921 waren in Deutschland für die Kommunisten im Sport die Statuten der Komintern maßgebend.

Weyer, Berlin, der neben Lieske, Berlin, damals der Oppositionsführer im Bund war, legte in der „Arbeiter-Furnzeitung“ Nr. 6 vom 23. 3. 1921 auf Seite 16 folgendes Bekenntnis ab:

„Für die Arbeitersportbewegung kommen für uns Kommunisten die Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale in Frage. Auf Seite 52 der Internationalen Kommunistischen Leitsätze steht sinngemäß für die Arbeitersportbewegung: In Anbetracht des

Heranströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Arbeitersportorganisationen müssen die Kommunisten in allen Ländern in diese Organisationen eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforganisationen zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen.“

Der deutsche KPD.-Reichssportsekretär Wiest, Berlin, unter Kontrolle der Komintern und der RSI.

„Gegen den Strom“, Organ der KPD.-Opposition, Nr. 42 von 1929 berichtet über das Zusammenarbeiten des Reichsspalterführers Friedmann, Berlin, mit Dahlem, der damals führender Mann im ZK. der KPD. war, folgendes:

„Auf Dahlems Anweisung verfaßte er (Friedmann) im Sommer vorigen Jahres ein verlogenes Memorandum über die Tätigkeit des Genossen Wiest, das Dahlem an die RSI. und die Komintern weiterleiten ließ.“

Wiest wurde bald darauf seines Postens als Sportsekretär enthoben.

Der Kommunistische Jugendverband untersteht der Komintern und der KPD.

Im Programm des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands heißt es:

„Der Kommunistische Jugendverband, der organisatorisch selbständig ist, arbeitet unter der Leitung der Kommunistischen Partei und Kommunistischen Internationale und anerkennt das Programm und die Taktik der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Parteien.“

Auf dem 11. Kongreß des KJV. Deutschlands führte am 30. Sept. 1929 der Vertreter des ZK. der KPD., Remmele, aus:

„... daß das ZK. der Partei in die Diskussion des ZK. des Verbandes eingegriffen hat, um die Durchsetzung der richtigen Politik und Arbeit des Jugendverbandes entsprechend der Parteilinie zu ermöglichen. In der politischen Linie der KPD. und der KJI. bestehen keine Unterschiede.“ (Inprekorr. Nr. 93 vom 1. 10. 1929, Seite 2255.)

Die Komintern fordert von der Kommunistischen Jugend bessere Arbeit.

Auf der Plenartagung des EK. der Kommunistischen Jugendinternationale (November-Dezember 1929) in Moskau sprach der Vertreter der Komintern, Manuilski, über unerfüllte Beschlüsse und Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Jugendinternationale (lt. Internationale Pressekorrespondenz der Komintern Nr. 8 vom 23. 1. 1930, Seite 189):

„Betrachten wir uns die Beschlüsse des 6. Weltkongresses (der Komintern). Sie enthalten die klare Anweisung, was die kommunistischen Jugendorganisationen tun müssen: Der Kongreß — lautet die

Resolution des 6. Weltkongresses — beauftragt die KJI. mit der Ausarbeitung der Frage der Taktik und der Arbeitsmethoden.

... das Eindringen der KJ. (Kommunistischen Jugend) in die verschiedensten Organisationen, wo sich die Arbeiterjugend befindet (Gewerkschaften, Sportorganisationen usw.), die antimilitaristische Arbeit, die entschlossene Wendung in der Taktik und in den Methoden zur verstärkten Massenarbeit. Dies müssen die Hauptaufgaben der KJI. sein.

... Ihr habt keinen Finger gerührt, um in den 1½ Jahren eure Organisationen im Sinne der Kommunistischen Jugendinternationale neu zu orientieren. Ihr fühlt die Schwäche eurer Stellung. Ihr könnt nichts auf die gerechte Kritik der Komintern erwidern. Ihr unternehmt ein Ablenkungsmanöver. Ihr wollt unsere Debatten von neuem zu einer uferlosen Diskussion machen. Ihr könnt zahlreiche Wendungen vorweisen, aber keine politische Arbeit.“

Auch die Roten Gewerkschaften unterstehen der Komintern.

Losowski, der Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale, rechtefertigte auf der 10. Plenumsitzung des Ekki der Komintern 1929 die Politik der RGI. mit folgenden Worten:

„Alle wissen, daß sämtliche wichtigen Beschlüsse in sämtlichen Fragen unter unmittelbarer Beteiligung der Komintern und ihrer leitenden Organe gefaßt werden. Jeder von uns weiß, daß nur, nachdem in der KP. (Kommunistischen Partei) eine Wendung vollzogen ist, wir von einer Wendung in den Gewerkschaften sprechen können.“ (Internationale Pressekorrespondenz der Komintern Nr. 85 vom 4. 9. 1929, Seite 2084.)

2. Gegen Vereinigung, für Unterordnung und Vernichtung der sozialistischen Organisationen.

Es ist die Pflicht der Führer und Funktionäre der sozialistischen Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder über die sich unter der Maske der Einheitsheuchelei verbergenden wahren Absichten der Komintern und ihrer Hilfstruppen aufzuklären und den Abwehrkampf gegen die Vernichtung der sozialistischen Organisationen zu leiten. Und weil sie diese Pflicht erfüllen, richtet sich der Hauptkampf der Komintern und ihrer Hilfsorgane in erster Linie gegen sie.

Freibrief zur Beschimpfung der sozialistischen Arbeitersportführer.

Kaplan, Moskau, im Bericht über die Arbeit des Exekutivkomitees der RSI. auf dem 4. Kongreß der RSI. im August 1928:

„Selbst unter uns sind Genossen, die an eine Möglichkeit der Einheit mit der LSI. (Sozialistische Arbeiter-Sport-Internationale) glauben. Sie meinen, daß wenn wir nicht die Führer der LSI.

beschimpfen, wir eher die Einheit erreichen. Reale Politik der Führer der LSL, reale Tatsachen beweisen, daß die ganze Sache nicht daran liegt, sondern in der Politik, die die Führer der LSL befolgen.“ (Informationsblatt vom 4. Kongreß der RSI.)

Sie müssen entthront werden.

Kaplan, Moskau, führte in seinem Bericht auf dem 4. Kongreß der RSI. im August 1928 weiter aus:

„Wir bezwecken eine einzige Sportinternationale. Aber das ist nicht zu erreichen bei der jetzigen Führung in der LSL. Darum müssen wir diese entthronen und sie ersetzen durch Revolutionäre.“ (Informationsblatt vom 4. Kongreß der RSI.)

Die „Einheitsfront“ bezweckt: Nur eine Arbeiter-sportinternationale unter kommunistischer Leitung!

Auf der Plenartagung des 4. Kongresses der RSI. 1928 in Moskau erklärte Rosenko, Moskau, der Führer der RSI.:

„Wenn wir von einer Einheitsfront sprechen, so dürfen wir natürlich nicht vergessen, daß die Einheitsfront nur auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Prinzipien durch Luzern möglich ist.“

Völlige Eingliederung in die RSI. wird verlangt.

In der russischen Sportschrift „Ekran“ Nr. 30 von 1928 erschien anlässlich des 35 jährigen Bestehens des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes Deutschlands ein Artikel von S. Karawaeff, in dem es wörtlich heißt:

„In den 35 Jahren hat der Arbeiter-Turn- und -Sportbund in Deutschland große zahlenmäßige Erfolge erreicht. Jetzt ist die Reihe an dem qualitativen Erfolg, und zwar: Vertreibung der reformistischen Führer und völlige Eingliederung in die RSI.“

Die RSI. errichtete bereits 1923 in Berlin ein offizielles Büro.

Bekanntmachung der „Roten Fahne“ im März 1923 (Zentralorgan der KPD.):

„Das Exekutivkomitee der Roten Sportinternationale (RSI.) hat zur Vereinfachung seiner Arbeit in Berlin ein Zweigbüro eingerichtet. Alle roten Turn- und Sportorganisationen, oppositionellen Fraktionen und — wo keine Fraktionen bestehen — Einzelpersonen, sowie die kommunistischen Landesparteien und kommunistischen Jugendorganisationen können zwecks Auskunft und Verbindungsaufnahme sich richten an die Adresse: Büro der RSI., Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63, Berliner Büro der RSI.“

Der Zweck der RSI. und ihres Berliner Büros ist durch die vorstehende Bekanntmachung hinreichend gekennzeichnet. Arbeit für die „Einheitsfront“ nannten die Spaltpilze schon damals ihr Treiben. Den

offiziellen Weg zur Leitung des Bundes und der LSL. wegen Herstellung einer ehrlichen Einheitsfront, den scheute die RSI.

Die LSL für Verständigung auf der Grundlage gegenseitiger Achtung.

Bundesvorsitzender Gellert auf dem Kasseler Bundestag 1924 über die am 25. April 1924 in Frankfurt a. M. geführten Verhandlungen der LSI. mit den offiziellen Vertretern der RSI., Lieske, Berlin, und Ellrodt, Leipzig:

„Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Verständigung und der gemeinsamen Arbeit der Sportinternationalen untereinander. In diesem Sinne ist auch die Frankfurter Konferenz zu verstehen. Wir wollten die Verständigung, wir wollten die Zusammenarbeit, aber nur auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der beiden Internationalen.“

Die RSI. gegen eine solche Verständigung.

Bundesvorsitzender Gellert auf dem Kasseler Bundestag 1924 (Bundestagsprotokoll Seite 18): „Lieske ist gegen die Verständigung, denn in dem Artikel über die Frankfurter Tagung schreibt er in der „Roten Fahne“ vom 6. Mai 1924:

„Da die Delegierten der RSI. nicht einmal das Mandat dazu hatten und außerdem die Frage (Vereinigung der beiden Internationalen) bestimmt mit einem Nein beantwortet werden mußte, weil anders das Bestehen einer Roten Sportinternationale überhaupt gegenstandslos geworden wäre, lehnten die Vertreter der RSI. die Frage genau so konkret ab, wie sie gestellt war.“

Sie ist nur für Diktatur und Einheit auf ihrer Grundlage.

Darüber geben die Schlußworte in der Begrüßungsrede des RSI.-Vertreters Nikolajeff, Moskau, auf dem Bundestag 1924 in Kassel (Protokoll Seite 6) in, nicht mißzuverstehender Weise den Nachweis:

„Auch in unserer Turnbewegung herrscht die Diktatur. Darum, es lebe die Diktatur des Proletariats, es lebe die Einheitsfront auf dem Boden der RSI.“

Fraktionen sind die Keimzellen der RSI. Sie müssen nach den Anweisungen der RSI. und Kommunistischen Partei arbeiten.

In der Werbeschrift der RSI., Heft 3, erschienen 1923 (!) im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg, sind die Richtlinien und Beschlüsse zur Arbeit in den Arbeiter-Turn-, -Sport- und -Kulturorganisationen enthalten. In dieser Schrift heißt es im Kapitel: „Die Aufgaben der KJO. (Kommunistischen Jugendorganisation) gegenüber den Arbeiterturn- und -sportorganisationen“ unter c) Organisatorische Maßnahmen, 1. Fraktionen:

„Zwecks Koordinierung (Zusammenfassung) ihrer Tätigkeit und zwecks der zur Ersetzung der reformistischen Leitungen durch klassenbewußte revolutionäre Elemente und Eroberung der Arbeiter-Turn- und -Sportverbände für die RSI, notwendigen vollen Ausübung ihres Einflusses schließen sich die Fraktionen sowohl spartenweise (provinziell und zentral) zusammen, wählen sich ihre Leitungen und arbeiten einheitlich nach den Weisungen der RSI, der KJO. und KP.“

Vernichtung der sozialistischen Organisationen ist das Ziel.

Auf dem 6. Weltkongreß der Komintern 1928 in Moskau erläuterte der Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale die „Einheitsfront von unten“ wie folgt:

„Wir widmen besondere Aufmerksamkeit der Arbeit der Zersetzung der sozialistischen Jugendorganisationen. Hier haben wir die Taktik der Einheitsfront von unten angewandt. Ein klassisches Beispiel der Anwendung dieser Methoden bietet unsere Arbeit in England. Diese Arbeit hat den fast völligen Zerfall der sozialistischen Jugendbewegung in England zur Folge gehabt. Unsere Erfolge in England und anderen Ländern beweisen, daß das wichtigste Mittel zur Gewinnung der sozialistischen Jugend für uns die Taktik der Einheitsfront von unten ist.“ (Russische Zeitung „Prawda“ vom 24. Juli 1928.)

Eine Vereinigung von kommunistischen und sozialistischen Organisationen kommt nie in Frage.

„Internationale Pressekorrespondenz“ der Komintern Nr. 31 vom 23. März 1928:

„Eine Vereinigung der Kommunistischen Internationale und der Zweiten Internationale, oder eine Verschmelzung zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei eines Landes ist ebenso unmöglich wie eine Vereinigung von Feuer und Wasser.“

Auch gemeinsame Arbeit ist ausgeschlossen.

Auf der Funktionärversammlung der Märkischen Spielvereinigung (Fußballspieler des kommunistischen Sportverbandes) am 5. Oktober 1929 erklärte der KPD.-Vertreter Heckert in einem Referat:

„Es kann keine gemeinsame Arbeit zwischen der SPD. und der KPD. geben.“

Die Arbeitersportbewegung soll zur Plattform im Kampf gegen die Sozialdemokratie gemacht werden.

Aufruf der RSI zum internationalen kommunistischen Jugendtag am 4. September 1927. Der Aufruf wurde von der gesamten KPD.-Presse veröffentlicht. („Rote Fahne“, Berlin, brachte ihn am 1. September 1927.) Wörtlich heißt es in dem Aufruf:

„Die Exekutive der RSI wendet sich an die LSI und ihre Anhänger mit dem Aufruf zur nüchternen Beurteilung der gegenwärtigen Ereignisse, die Anlaß geben müssen sich klar zu werden über die verbrecherische Rolle der Lakaien der Bourgeoisie — der sozialdemokratischen Parteien.“

Beleidigung der sozialdemokratischen Bundesmitglieder durch die RSI bereits vor dem Bundestag 1928.

Der Aufruf der RSI zum internationalen kommunistischen Jugendtag 1927 mit den Beleidigungen gegen die sozialdemokratischen Parteien und damit gegen die sozialdemokratischen Parteimitglieder erschien zu einer Zeit, in der die Mitglieder der Sozialdemokratischen wie der Kommunistischen Partei gemeinsam im Arbeiter-Turn- und -Sportbund arbeiteten. Die Auswirkung der Beschimpfung der sozialdemokratischen Parteimitglieder durch die RSI mußte naturgemäß eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Bund hervorrufen, zumal Kommunisten diese Beleidigungen noch im einzelnen anwandten.

Kommunistisches Eingeständnis: Gemeinschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Arbeitersport unmöglich!

Zum Leipziger Bundestag des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes 1928 brachte die KPD.-Presse einen Artikel des KPD.-Führers Hermann Remmele, der nach dem Vorwort der Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Leipzig, vom 22. 6. 1928 die grundsätzliche Stellungnahme der KPD. zu den Vorgängen in der deutschen Arbeitersportbewegung präsentiert. Über den Kampf im Bund schreibt Remmele wörtlich:

„Dieser Kampf besteht schon seit Jahren und dieser Kampf wird immer sein, solange Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam der Arbeitersportbewegung angehören.“

Lügen als Beweismittel der RSI. Der Bund ein Apparat der SPD. Im Reichsbanner faschistische Jugend.

RSI.-Sekretär Kaplan, Moskau, in seinem Bericht auf dem 2. Kongreß der RSI. im August 1928 in Moskau:

„Ein Beschluß des Leipziger Kongresses des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes hatte zur Grundlage, die Arbeitersportbewegung in Deutschland in einen Apparat der Sozialdemokratischen Partei umzustellen.“

„Die LSI übt die gleiche Koalitionspolitik wie die sozialdemokratischen Parteien. Ich führte schon aus, daß der Arbeiter-Turn- und -Sportbund in Deutschland schon Beziehungen zum Reichsbanner unterhält, mit Organisationen, die die faschistische Jugend vereinigen.“

„Der Kampf mit der Sozialdemokratie wird im Bürgerkrieg enden.“

Diesen Ausspruch fällt Manuilski, Moskau, vor dem 10. Ekkiplenun der Komintern 1929 in Moskau. (Internationale Pressekorrespondenz der Komintern Nr. 53 vom 21. Juni 1929.)

3. „Einheitsfront“ nur taktisches Manöver.

Nach dem Begriff „Einheit“ darf ein Kommunist nicht fragen.

Der Bezirksfunktionär des Leipziger Fußballbezirkes Kücklich wurde als Mitglied der KPD, auf das Bezirkssekretariat der Partei geladen, um dort zu erklären, ob er gewillt ist die Anweisungen der Partei für die Arbeit im Leipziger Fußballbezirk durchzuführen. Kücklich hat das abgelehnt und wurde darum aus der KPD. ausgeschlossen. Über die Auseinandersetzung auf dem Parteibezirkssekretariat schreibt Kücklich im „Sachsen-Fußball“ Nr. 64 vom 11. 10. 1929:

„Meine Frage nach der Auslegung des Begriffes „Einheit“ wurde dahingehend entschuldigt, daß eine Parole der Masse gegeben werden müsse und einem überzeugten Parteianhänger eine solche Frage gar nicht unterlaufen dürfte.“

Die „Einheitsfront“ ist nur eine vorübergehende Methode der Agitation.

In der Entschließung des 5. Weltkongresses der Komintern im Juli 1924 heißt es wörtlich, laut russischer Zeitung „Prawda“ vom 23. Juli 1924:

„Die Taktik der Einheitsfront ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für eine ganze Periode.“

Vereinbarungen und Koalitionen mit Reformisten sind unzulässig.

Der Russe Molotow führte in der 11. Sitzung des 10. Plenums des Ekki der Komintern 1929 in Moskau wörtlich aus:

„Heute ist mehr denn je die Taktik von Vereinbarung mit Reformisten, die Taktik von Koalitionen zwischen revolutionären und reformistischen Organisationen unzulässig und schädlich. Mit um so größerem Nachdruck ist dagegen die ganze Wichtigkeit des Kampfes um die führende Rolle der kommunistischen Parteien in den Massenaktionen des Proletariats zu betonen. Nur die aktive Beteiligung der Kommunisten als vorgeschrittenste Arbeiter an jeder proletarischen Massenaktion, nur die aktive Unterstützung jeder Massenaktion der Arbeiterklasse in Verbindung mit einem unversöhnlichen Kampf gegen die Sozialreformisten, insbesondere gegen ihren „linken“ Flügel, kann die Voraussetzung für die Eroberung der ausschlaggebenden Massen der Arbeiterklasse für den Kommunismus schaffen.“

Die RSL gegen Konferenzen mit der LSI. (SASL).

Der RSL-Sekretär Kaplan ließ auf dem 4. RSL-Kongress im August 1928 seinen Bericht über die Arbeit der Exekutive der RSL. ausklingen in dem Satz:

„Keinerlei Konferenzen mit den Führern der LSI. — das ist unsere Losung.“ (Informationsblatt vom 4. Kongress der RSL.)

Einheitsfronttaktik ist unversöhnlicher Kampf gegen reformistische Organisationen.

Manuilski, Moskau, im Referat über die „Methoden der Eroberung der Mehrheit“ vor dem 10. Ekkiplenun der Komintern 1929 (Inprekorr. Nr. 53 vom 21. 6. 1929):

„Die Einheitsfronttaktik ist der unversöhnliche Kampf gegen die reformistische und sozialdemokratische Organisationen.“

„Die Einheitsfront ist weder eine Koalition mit der Spitze sozialdemokratischen noch eine Politik der Verständigung mit ihren Führern von unten.“

Ein Musterbeispiel kommunistischer „Einheitsfront“

Die „Volkszeitung Nordhausen“ Nr. 20 vom 25. 1. 1932 brachte unter der Überschrift: „Einheitsfront-KPD.-Schwindel“ aus Lauscha in Thüringen:

„Wir wurden, veranlaßt durch das letzthin etwas freche Auftreten der Nazis, vom Kulturkartell beauftragt, mit der Fraktion der KP. in eine zwanglose Besprechung einzutreten zur etwaigen Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront. Diese Begegnung wurde von der Arbeiterschaft lebhaft begrüßt. Wir hatten schnell das Ziel erreicht und eine gemeinsame öffentliche Massenversammlung vereinbart. Es sollte jede Partei einen Redner stellen mit dem Thema: „Kampf dem Faschismus“. Wir hatten veranlaßt, daß eine Partei den Vorsitz führt und die andere das Schlusswort erhält. Durch die Notverordnung vom 9. Dezember wurde diese Veranstaltung zunichte. Darauf legten wir fest den ersten Freitag nach dem 3. Januar. Das war der 8. Januar. Vom Vorsitzenden der KP. wurde ich beauftragt, unseren Redner zu bestellen, dem ich auch nachkam. Nun geschah das fast Unglaubliche. (Für uns selbstverständlich! Die Bezirksleitung.) Die Bezirksleitung der KPD. gab Anweisung, daß eine gemeinsame Aktion nicht in Frage komme. Der Vorsitzende der KPD. in Lauscha ließ mich darüber im Unklaren. Durch Plakate ließ er bekanntmachen, die SPD. stelle einen Diskussionsredner. Das widersprach natürlich unserer Abmachung. Nach Rücksprache mit mehreren Genossen ließ man es bewenden, und so stellten wir halt einen Diskussionsredner. Der Abgeordnete Hellmann von der KPD. als Referent kam auch auf die SPD. und ließ dann aber nicht mehr ab und machte für alles Geschehene unsere Partei verantwortlich. Unser Genosse trat ihm sachlich gegenüber und konnte auch ziemlich Beifall ernten, soweit man nicht ganz verbohrt ist. Wir sind ja durch diese Sache um eine Erfahrung reicher und soviel mir danach bekannt wurde, hat Hellmann seiner Partei keine Freunde zugezogen, da ihm seine Demagogie bzw. Einheitsfront schlecht bekommt. Das Gespräch ist allgemein: Die KPD. will uns zerstören, aber nicht vereinen!“

4. Im Zeichen der „Einheit“ wurden bereits 1921

eigene Organisationen gegründet.

Fichte Berlin spaltete sich bereits 1919.

Der Verein Fichte Berlin faßte Anfang 1919 einen Beschluß, daß nur Mitglieder der Kommunistischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Verein Vorstandsämter bekleiden dürfen, und machte dadurch die Mitglieder der Mehrheitssozialistischen Partei zu Vereinsmitgliedern 2. Klasse. Man wollte sie los werden, also abspalten. Auf dem Bundestag 1919 bewies das Bundesvorstandsmitglied Wildung, Leipzig, (späterer Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege) dem damaligen Berliner Oppositionsführer Weyer diese Tatsache durch folgenden Hinweis (Protokoll Seite 42):

„Ihr habt beschlossen, es dürfen nur Mitglieder der USP. und KP. Vorstandsmitglieder sein, und du, Turngenosse Weyer, hast geschrieben, das sei nicht eine Inkonsequenz; denn ihr hättet angenommen, daß die anderen selbstverständlich daraus die Konsequenzen ziehen und aus dem Verein austreten würden.“

Die durch den Antrag bewußt hinausgeekelten Funktionäre und Mitglieder von Fichte gründeten die jetzige Freie Turnerschaft Groß-Berlin.

Berlin versuchte 1919 den Bund zu spalten.

Der 1. Bezirk des 1. Kreises (Berlin-Brandenburg) legte dem Bundestag 1919 einen Antrag zur Annahme vor, in dem es u. a. hieß:

„Die Rettung der darbenenden Menschheit aus dem Chaos kann nicht die uneingeschränkte Demokratie bringen. Die sozialistischen Arbeiterturner stehen auf dem Boden der zeitigen Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit.“

Bundesvorstandsmitglied Koppisch (selbst Mitglied der USP.) stellte als Berichterstatter über „Die Taktik des Bundes“ dazu folgendes fest: „Keine Spiegelfedererei, Genossen! Das führt uns zu nichts! Ausprechen was ist! Der Satz besagt, daß die sozialistischen Arbeiterturner auf dem Boden der zeitigen Diktatur des Proletariats stehen. Die Mehrheitssozialistische Partei steht nicht auf diesem Boden, darum sagt der nächste Satz:

Demgemäß kann nur der in Zukunft Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes sein, der auf dem Boden vorgezeichneter, politischer Richtlinien steht.“

Koppisch stellte dazu weiter fest: „Das ist sogar eine Verschärfung der bisherigen Haltung des Turnvereins Fichte. (Sehr richtig!) Denn im Fichte ist nur angenommen worden, daß die Betreffenden keine Vorstandsämter bekleiden dürften, hier aber wird ausgesprochen, sie können überhaupt nicht Mitglieder sein.“ (Bundestagsprotokoll, S. 35.)

Der Bund sollte für politische Zwecke mißbraucht werden.

Das Bundesvorstandsmitglied Wildung zu dem Antrag der Berliner (Bundestagsprotokoll 1919, Seite 44):

„Und nun behaupte ich, die Resolution, die uns gestellt ist, die sich auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellt, ist nicht gestellt im Interesse der Arbeiterturnbewegung, sondern sie bedeutet einen Vorstoß der politischen Parteien in das Lager des Arbeiter-Turnerbundes. Man will versuchen im Arbeiter-Turnerbund, in dieser immerhin schon recht stolzen Organisation der Arbeiterschaft auf sportlichem Gebiete, seine Ziele zum Durchbruch zu bringen, seine politischen Ziele. Der Arbeiter-Turnerbund soll benutzt werden als Vorspann der politischen Parteien.“

Warum 1921 Gründung der RSI.?

Die Politik der Komintern, die zugleich die Politik Rußlands ist, hat zum Ziel die Weltrevolution, die — nach der Theorie der Komintern — die kapitalistische Gesellschaftsordnung in den außerrussischen Ländern abzulösen und die kommunistische Gesellschaftsordnung einzuführen hat. Rußland kann die wirtschaftliche und politische Isolierung auf die Dauer nicht ertragen. Darum der Druck der Komintern auf die kommunistischen Organisationen, die Weltrevolution vorzubereiten und jede günstige Gelegenheit zur Erreichung von Teilerfolgen auszunützen. Darüber ist sich die Komintern stets klar gewesen, daß für die entscheidenden Kämpfe zur Übernahme der Macht in den Ländern die kommunistischen Parteien gleichgesinnter Hilfsorganisationen bedürfen, deren Hauptaufgabe es ist, die sozialistischen Kultur- und Gewerkschaftsorganisationen zu erledigen. Dazu bedienen sich die Beauftragten der Komintern der Einheitsfronttaktik, das heißt, unter dem Deckmantel der „Einheit“ die Mehrheit der Mitgliedschaften der sozialistischen Organisationen im kommunistischen Sinne zu beeinflussen und Funktionärposten zu erobern, um zur gegebenen Zeit diese Organisation in die rein kommunistischen Spitzenorganisationen überzuführen. Wann die Gründung dieser internationalen kommunistischen Spitzenorganisationen vorgenommen werden sollte, war eine taktische Frage. Sie sollte durchgeführt werden, wenn die internationale Situation zur Eroberung der Massen am günstigsten steht. Diesen Zeitpunkt hielt die Komintern 1920 und 1921 für gekommen. Die Gründung der Roten Gewerkschafts- und Roten Sportinternationale wurde zu dieser Zeit vorgenommen. Nachstehende dokumentarische Wiedergaben bestätigen das, zugleich aber auch die Täuschung der Komintern bei der Beurteilung des Reifezustandes der angeblich für ihre Politik sehr günstig gestandenen Situation.

Politische Verhältnisse verzögerten eine frühere Gründung der RSI.

Beweis: Protokoll der ersten Sitzung des 4. Kongresses der RSI. am 13. Oktober 1924 über den Bericht des RSI-Sekretärs Reußner über die

Tätigkeit der Exekutive der RSI. (Broschüre: „Die Rote Sportinternationale“, Seite 6, Sportverlag Internationales Stadion, Berlin):

„Die Gründung der RSI erfolgte im Jahre 1921 in Moskau. Die Pläne zur Gründung wurden aber schon früher erörtert. Aus Gründen der damaligen politischen Verhältnisse wurde die Realisierung verzögert und erfolgte im Jahre 1921. Wie auf allen anderen Gebieten des internationalen Lebens der revolutionären Arbeiterbewegung, hatten hier die russischen Genossen die Initiative.“

Die Gründung der RSI. 1921 und ihr § 6.

Aus dem Gründungsbericht der „Roten Fahne“, Berlin, Zentralorgan der KPD., vom 25. August 1921: Die Gründung erfolgte in Moskau anlässlich der Tagung des Weltkongresses der Dritten Internationale (Komintern), des Kongresses der Roten Gewerkschaften und der Kommunistischen Jugend durch die dort weilenden Arbeitersportler. Von Deutschland war der spätere deutsche RSI-Vertreter Lieske, Berlin, dabei. Im Arbeitsprogramm der RSI heißt es (laut „Rote Fahne“ und Ausführungen Lieskes auf dem Bundestag 1924 in Kassel) unter:

„6. Kampf gegen die menschwistische Luzerner Sportinternationale“: „Die Konferenz wählte die notwendigen Organe zur Durchführung des Programms. Als Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses wurde Lieske bestimmt.“

Wie stand die politische Situation damals?

Das kommt am klarsten zum Ausdruck in der Rede des Kominternführers Sinowjew auf dem 5. Weltkongress der Komintern am 7. Juli 1924 über die Gründung der RGI. — Rote Gewerkschaftsinternationale — (gedruckt erschienen im Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8, Seite 24), in der es heißt:

„Die RGI wurde gegründet in einem Moment, wo es schien, wir würden die Front des Feindes in frontaler Attacke durchbrechen können.“

Am 15. Juli 1920 hatte man in Moskau den provisorischen „Internationalen Rat der Gewerkschaften“ gebildet, den Vorläufer der RGI. Am 2. Juli 1921 fand in Moskau der 1. Kongress der RGI statt. Die Gründung der RGI fiel also zeitlich mit der Gründung der Roten Sportinternationale zusammen.

1921 schon eine mitteldeutsche Oppositionsorganisation gegründet.

Auf Anregung Berliner Oppositionsführer wurde 1921 im Einvernehmen mit den oppositionellen Kartelldelegierten des ersten deutschen Arbeitersportkongresses (von der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege 1921 nach Jena einberufen) der „Bezirksverband Halle-Mitteldeutschland der Arbeitersportkartelle“ ge-

bildet. Die ZK. und der Bund erfuhren erst später davon. Das Berliner Blatt „Arbeitersport“ brachte eine besondere Seite für Mitteldeutschland. Das Blatt wurde den Kartellen in Mitteldeutschland und Thüringen zugestellt. Das alles konnten die Berliner Oppositionsführer auf dem Bundestag 1921 in München nicht ableugnen.

Der kommunistische Sportverband in Deutschland sollte damals schon entstehen. Die deutschen Oppositionsführer hatten sich jedoch über die Stärke ihrer Anhängerschaft getäuscht, ebenso wie die Komintern bei der Gründung der RGI. und RSI.

Die überspannten Hoffnungen der Komintern.

Der Kominternführer Sinowjew erklärte in seiner Rede auf dem 5. Weltkongress der Komintern über die Situation in der Gründungszeit der Roten Gewerkschafts- und Roten Sportinternationale (Seite 24 der genannten Broschüre):

„Es war dies eine Zeit, wo wir glaubten, wir werden die Mehrheit der Arbeiter ganz schnell gewinnen. Sie wissen, Genossen, daß die Bewegung später abgeflaut ist, daß das ganze Problem, alle taktischen Schwierigkeiten der KI. (Komintern) während dieser fünf Jahre eben daraus stammen, daß die Entwicklung viel langsamer gegangen ist als wir annahmen.“

5. Dann wieder Kampf auf Umwegen.

Die neue Losung: Auf Umwegen kämpfen!

Sinowjew zog in seiner Rede auf dem 5. Weltkongress der Komintern die Schlussfolgerung über die Täuschung in dem Hinweis, daß jetzt auf Umwegen gekämpft werden müsse, die langwieriger und schwerer sind, und das sei das Neue an der Taktik der Komintern.

Erhöhte Fraktions- und Zellenarbeit.

Der Zeitabschnitt des Kampfes auf Umwegen reicht bis 1928. Die KPD. arbeitete in diesem Zeitabschnitt fieberhaft am Ausbau der Fraktionen und Zellen in den Bundesvereinen. 1925 erschien die Broschüre „Reorganisation der KPD.“ (Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin, verantwortlich gezeichnet von Hermann Remmele) mit den Beschlüssen des 10. KPD.-Parteitag (Juli 1925) und dem Parteistatut. In den § 49—54 dieses Statuts wird der organisatorische Aufbau der Fraktionen, wie sie für die Sportvereine in Frage kommen, ganz ausführlich behandelt. Die Fraktionen sind keine Eigengebilde, sondern unterstehen in allen Fragen der KPD. Jedes Parteimitglied ist zur Teilnahme an der Fraktionsarbeit verpflichtet.

Brennpunkte werden provoziert.

Bald nach dem ersten Olympia in Frankfurt a. M. 1925 schloß die kommunistisch eingestellte Leitung des Dresdner Sportvereins 1910 ein Spiel mit einer Russenmannschaft ab, ohne dem Bundesvorstand davon Kenntnis zu geben. Um Genehmigung wurde die Bundesleitung erst kurz vor Stattfinden des Spieles ersucht. Die Genehmigung wurde wegen dem § 6 der RSL. versagt und weil der DSV. bei den Verhandlungen mit der Bundesleitung verlangte, ihm bei Ablehnung des Russenspiels die Erlaubnis zu einem Spiel mit dem bürgerlichen Ligaverein Guts-Muths Dresden zu erteilen. Ohne Erlaubnis des Bundesvorstandes fanden dann Spiele mit der Russenmannschaft statt im Bezirk Dresden, Chemnitz und in Berlin. Spielverbot war die Folge.

Um das Pariser Abkommen von 1925.

Der LSI.-Kongreß 1925 in Paris traf im Einvernehmen mit dem RSL.-Vertreter Reufner ein Abkommen über künftige Russenspielschlüsse, in dem es hieß, daß den Landesverbänden der LSI. solche Spielabschlüsse gestattet sind unter der Voraussetzung, daß die Spiele von Verbandsleitung zu Verbandsleitung abgeschlossen werden, die Mannschaften ausschließlich Gäste des veranstaltenden Verbandes sind und sich offiziell aller sportlichen und politischen Kundgebungen sowie des offenen Verkehrs mit politischen Parteien zu enthalten haben. soweit das nicht durch die beiden nationalen Verbände vereinbart worden ist. Reufner gab bei den Verhandlungen bekannt, daß sich der russische Verband mit diesem Abkommen beschäftigen wird und daß dessen Antwort abgewartet werden soll.

Trotz mehrmaligen schriftlichen Mahnungen der Bundesleitung kamen von Moskau keine oder ausweichende Antworten, besonders drückte sich Moskau von der klaren Stellungnahme zu dem Kampfparagrafen (§ 6) der RSL. gegen die LSI. Erst am 18. Juni 1926 traf eine Antwort ein, die als zur Zeit befriedigend anzusehen ging. Der geschäftsführende Ausschuß des Bundes erteilte daraufhin die Erlaubnis zu Spielabschlüssen.

Der Bundesvorstand am verzögerten Russenspielabschluß 1926 schuldlos.

Mit der Russenmannschaft kam eine offizielle Delegation zu Verhandlungen, der die russischen Sportführer Kalpus, Rosenko und Dr. Ittin angehörten. Bei den Verhandlungen am 22. Juli 1926 im Bundeshaus zu Leipzig gab die russische Delegation folgende Erklärung ab:

„Die Verzögerung in dem Abschluß der zur Zeit laufenden deutsch-russischen Spiele lag nicht an der Schuld des Bundesvorstandes, sondern sie lag in den Verhältnissen und in dem gegenseitigen Nichtverstehen begründet, unter denen als wichtigste

Momente festzustellen sind die unklare Abfassung der Pariser Beschlüsse und das späte Stattfinden der Exekutivsitung in Moskau vom 17.—23. Mai dieses Jahres.“

Hatte die Bundesleitung ein Recht, den § 6 der RSL. heranzuziehen?

Bundesvorsitzender Gellert auf dem Hamburger Bundestag 1926 (Protokoll, Seite 53):

„Jawohl! Das Recht hatten wir als die größte Organisation, die als die Hauptträgerin der LSI. angesehen wird; dazu kommt, daß wir selbst die Ableger der RSL. in Deutschland haben. Der ‚Proletariersport‘ wird in Deutschland herausgegeben, und der Genosse Zobel ist ein fast ständiger Gast in Moskau.“

Der § 6 bestand trotz Ablegnens durch die RSL.

Da die Bundesleitung die Spielerlaubnis mit Russenmannschaften unbedingt davon abhängig machte, daß der russische Verband klar ausspreche, wie er sich zu der in § 6 der RSL. niedergelegten Kampfstellung gegen die LSI. verhalte, ließ der Oberste Rat für Physische Kultur in Moskau in der KPD.-Presse einen öffentlichen Brief verbreiten, in dem der § 6 als ein persönliches Erzeugnis des inzwischen abgesetzten deutschen RSL.-Sekretärs Lieske, Berlin, hingestellt wurde. Das rief Lieske auf den Plan, der im Juli 1926 eine Broschüre herausgab, betitelt: „Charakteristik der internationalen Arbeitersport- und Gesellschaftsbewegung“. Darin ist auf der letzten Seite zu lesen:

„Durch die Arbeiterpresse geht ein Brief des Obersten Rates für Physische Kultur in Moskau, wonach ich mir den Punkt 6 der Prinzipien der RSL. aus den Fingern gezogen haben soll. Anders sind die Wendungen in diesem Briefe nicht zu verstehen. Da ich schon lange Zeit vor meinem Austritt aus der Exekutive der RSL. die zehnfache Buchführung in den oberen Regionen der 3. Internationale und ihren Nebenorganisationen kennengelernt habe, bin ich so vorsichtig gewesen, die in Frage kommenden Dokumente zu sichern, soweit sie mir als EK.-Mitglied zugesandt wurden, weil eben Dokumente nicht zu finden sind, wenn sie in den politischen Dreh nicht hineinpassen, den man gerade als „bolschewistisch“ findet. So könnte ich auch den Gegenbeweis gegen die Behauptung des Briefes erbringen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß auf dem Bundestag in Kassel 1924 der Vertreter Rußlands, Nikolajew, derselbe Dr. Ittin, von dem in meinem vorliegenden Referat mehrfach die Rede ist, zugegen war und bislang noch nichts an diesem Referat beanstandet hat.“

Dazu ist zu sagen, daß die RSL. den § 6 damals so lange geduldet hat, solange er ihr in den politischen Kram paßte. Es kommt ja auch nicht so sehr auf den gedruckten Paragraphen an, sondern auf die Befolgung des in ihm enthaltenen Sinnes. Der Gang der Dinge hat gelehrt, daß der § 6 das Leitmotiv der RSL. in ihren Stellungnahmen zur LSI. war und es noch ist.

Die Russenspiele 1927 rechtfertigten nicht die Pariser Beschlüsse.

Die Bundesleitung genehmigte auch 1927 Spiele mit der russischen Ländermannschaft, trotzdem die RSI. beim allrussischen Wintersportfest vom 19.—21. Februar 1927 in Leningrad anlässlich des zehnjährigen Bestehens der russischen Republik die LSI. in Anwesenheit finnischer LSI.-Sportler in einem Maskenaufzug verhöhnte. Jedem Empfang der Russenmannschaft in Deutschland gaben die Roten Frontkämpfer durchweg den uniformierten Charakter. Der Werbung von Mitgliedern für den Bund war das nicht zuträglich. Die Ansprachen warben durchweg nicht für den Arbeitersport, sondern für die kommunistische Idee. Die Bundesfußballeitung gab im Oktober 1927 ein „Grünbuch“ heraus, das darüber und über die Zwischenfälle anlässlich der Spiele in Leipzig, Dresden, Bremen und Hamburg ausführlich berichtet.

Der Bundesvorstand faßte in Anbetracht dieser Vorfälle am 1. August 1927 folgenden Beschluß:

„Die Abwicklung der Spiele der Russenmannschaften in Deutschland entspricht nicht den vom Bundesvorstand erwarteten Voraussetzungen. Vor allen Dingen war die Einstellung der örtlichen Leitungen der KPD. und des Roten Frontkämpferbundes nicht überall den Beschlüssen des Bundes entsprechend. Sollte sich ein ähnlicher Fall bei späteren Spielen ereignen, so wird der Bundesvorstand zu keinem Spiel der Russen in Deutschland mehr seine Zustimmung geben.“

Verbilligte Eintrittspreise für Rot-Front beim Russenspiel in Halle.

Trotz der Warnung des Bundesvorstandes in seinem Beschluß vom 1. August 1927 gab die unter kommunistischem Einfluß stehende Bezirksfußballeitung von Halle dem örtlichen Roten Frontkämpferbund für das Spiel der Putilow-Mannschaft, Leningrad, in Halle Vorzugseintrittskarten zum Preise von 50 Pf. Die Bundesmitglieder dagegen mußten 80 Pf. Eintritt bezahlen. Die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes verkauften die ihnen überlassenen Vorzugskarten außerdem an jedermann.

Die Russenmannschaften waren Vertreter der Kommunistischen Partei.

Die kommunistische Tageszeitung in Halle, der „Klassenkampf“, schrieb am 27. Januar 1929:

„Die Russenmannschaften verkörperten die Sowjetunion und somit die Vertreter der Kommunistischen Partei.“

Dazu sei festgestellt, daß zwar die wenigsten Spieler der Russenmannschaften Mitglieder der KPR. waren, aber gerade dies und die Feststellung des „Klassenkampf“ beweisen, daß sich Rußland seiner guten Fußballspieler, ganz gleich ob sie der KPR. angehören oder nicht, bedient, um mit ihren Spielen im deutschen Arbeitersport politische Geschäfte zu machen.

Der Zweck der Russenspiele in Deutschland.

Darüber berichtete die russische Tageszeitung „Iswestija“ 1927:

„Als Ergebnis des Austausches von sportlichen Abteilungen wird eine Linksschwenkung der Massen beobachtet und die vorherige Autorität der Sozialdemokratie in den Turn- und Sportvereinen geschwächt.“

Wieder eine Bestätigung dafür, daß die Arbeitersportbewegung von den Beauftragten der Komintern als Plattform zum Kampf gegen die Sozialdemokratie nutzbar gemacht werden soll.

Wo wir Kommunisten die Mehrheit haben, greifen wir durch.

Dieses Eingeständnis machte Anfang 1928 der Vorsitzende des Duisburger Sportkartells, Wolf. Wolf machte, wie auf der Vereinsvorstandskonferenz des 7. Bezirks, 6. Kreis des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes E. V. am 11. November 1928 bekanntgegeben wurde, folgende, die Taktik der Kommunisten bezeichnende Ausführungen („Volkssport“ Düsseldorf Nr. 47 vom 22. 11. 1928):

„Wir stören uns an nichts; wo wir Kommunisten die Mehrheit haben, da greifen wir durch. Wir machen eventuell unseren eigenen Laden auf. Unsere Partei will es jetzt jedoch anders haben, wir sollen drin bleiben und unsere Arbeit leisten.“

Fraktionsarbeit ist Bundesschädigung!

Die Fraktionen arbeiten in den Vereinen im Auftrag der Komintern, der RSI. und KPD. nach parteipolitischen Anweisungen und für parteipolitische Ziele. Keine Organisation kann solche organisationsfeindliche Arbeit in ihren eigenen Reihen dulden, ohne sich selbst aufzugeben. Gerade die KPD. verlangt von ihren Parteimitgliedern strengste Organisationsdisziplin. Deutlicher Beweis dafür ist der Ausschluß der KPD.-Opposition aus der KPD. Die Teilnehmer an den Fraktionsarbeiten handeln organisationsfeindlich und müssen mit ihrer Entfernung aus der Organisation rechnen. Sie provozieren durch eifrige Fraktionstätigkeit vielfach absichtlich ihren Ausschluß und beschuldigen dann die den Ausschluß der minierenden Zellen- und Fraktionsbauer fordernden oder durchführenden Funktionäre demagogisch der „Spaltung“.

Der Bundestag 1928 nahm folgenden Antrag mit 163 : 66 Stimmen an:

„Da alle bisher ausgesprochenen Mahnungen und Verwarnungen des Bundes fruchtlos geblieben sind, erklärt der 16. Bundestag, daß der Arbeiter-Turn- und -Sportbund zu der KPD. und deren Einrichtungen keinerlei Beziehungen mehr aufrechterhält.“

Derselbe Bundestag nahm mit 210 : 22 Stimmen noch folgenden Antrag an:

„Gegen Teile der Organisation oder gegen Mitglieder des Bundes, die in Gemeinschaft oder Auftrag der KPD. oder deren Einrichtungen gegen den Bund arbeiten, soll der Bundesvorstand mit allen statutarischen Mitteln vorgehen, um dem organisations-schädigenden Treiben gegen unseren Bund und seine Einrichtungen endlich ein Ende zu machen.“

6. 1928 in der Sackgasse, darum wieder Gründung eigener Organisationen verlangt.

Nur Spaltung kann ihnen aus der Sackgasse helfen.

Losowski, der Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale gab auf einer Sitzung dieser Internationale im Dezember 1928 mit seinen nachstehenden Ausführungen den treffendsten Nachweis dafür, daß die Komintern mit ihrer Miniierpolitik, die von ihren Neben- und Hilfsorganisationen in den sozialistischen Verbänden fleißig betrieben wurde, vollständig festgefahren ist und nun wieder zur offenen Spaltung dieser Verbände übergeht. Losowski erklärte (Gewerkschaftszeitung Nr. 41 vom 12. 10. 1929, Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes):

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Ganz richtig schreibt die „Gewerkschaft“ dazu: „Nach außen werden natürlich die Abwehrmaßnahmen der Verbände gegen solche frivolen Absichten als die von den Reformisten betriebene Spaltung hingestellt. Nur wenn die Moskauer unter sich selbst streiten, fällt die mit so diabolischer Geschicklichkeit herausgesteckte Maske. Schon um dessentwillen verdient dieses Eingeständnis Losowskis aber immer wieder festgehalten und einer schnelllebigen Vergesslichkeit entrissen zu werden.“

Der ehemalige Spalterführer Weyer warnt vor der neuen Spaltung.

Weyer, in den Jahren 1919 bis 1922 mit Lieske, Berlin, Spalterführer im Arbeitersport, zugleich aber auch in den Gewerkschaften, wo er später Leiter des ganz links gerichteten Industrieverbandes wurde, dann aber das Schädliche der Spalterei einsah, schrieb 1929 auf Grund der neuen Moskauer Parole an das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Halle („Leipziger Volkszeitung“ vom 30. 9. 1929):

„Auf Drängen, ja, auf Befehl der Kommunistischen Internationale und ihrer Ableger, der Roten Gewerkschaftsinternationale, und im guten Glauben auf deren Theorien habe ich mich an der Spaltung der Gewerkschaften beteiligt. Während dieser langen Tätigkeit gesammelte Erfahrungen haben mir gezeigt, daß die Spaltung der Gewerkschaften der Arbeiterschaft großen Schaden zugefügt, daß die von Moskau kommenden Parolen und Befehle niemals im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gelegen haben, daß die Moskauer es gut verstanden, ihr grausames Spiel an der deutschen Arbeiterklasse durch falsche Theorien zu rechtfertigen, und weil nun jetzt die KPD. auf Befehl ihrer Moskauer Geldgeber wiederum einen Versuch unternimmt, kommunistische Splitterorganisationen zu gründen, um die freien Gewerkschaften zu zerschlagen, weil ich durch reiche Erfahrungen die ganze Größe dieses neuen Verbrechens an den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse erkennen kann, deshalb halte ich es für meine Pflicht, alle Arbeiter zu warnen und

den Mitgliedern des von mir geführten deutschen Industrieverbandes wie allen Mitgliedern der linken Splitterverbände zuzurufen: „Folgt nicht den KPD.-Spaltern!“

Nach außen wird die Spaltung mit dem neuen „revolutionären Aufschwung“ gerechtfertigt.

Der Russe Molotow erklärte in seiner Rede auf der 10. Plenartagung des Ekki der Komintern im Sommer 1929 („Internationale Pressekorrespondenz der Komintern“ Nr. 79 vom 20. 8. 1929, Seite 1815):

„Nunmehr zur Hauptfrage. Was haben wir Neues seit dem 4. Weltkongreß? Die Antwort der Komintern auf diese Frage wird für die Bestimmung der Hauptaufgaben der kommunistischen Parteien in der nächsten Periode ausschlaggebend sein.“

Der vom Plenum vorgelegte Resolutionsentwurf gibt diese Antwort. Dort heißt es:

Neu ist seit dem 4. Weltkongreß die scharf ausgeprägte Radikalisierung der internationalen Arbeiterklasse und das Heranreifen des neuen Aufschwungs der revolutionären Arbeiterbewegung.“

Die Komintern verlangt neue revolutionäre Organisationen.

Molotow in seiner Rede auf der 10. Plenartagung des Ekki der Komintern 1929 (Inprekorr. der Komintern Nr. 79 vom 20. 8. 1929, Seite 1818):

„Wir dürfen heute in keinem Falle unsere praktischen Aufgaben auf die sogenannten „bewährten“ Methoden beschränken, wir dürfen nicht vergessen, daß die neue Situation neue Methoden, neue Kampfformen, neue Organisationen, eine neue Art des Herantretens an die Massen verlangt. Dies vergessen, hieße in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus die Hauptsache vergessen.“

Das ist ganz nach dem Wunsche der KPD.

Ulbricht, der Vertreter der KPD. auf der 10. Plenartagung des Ekki der Komintern 1929, setzte sich begeistert für die Resolution der Komintern ein und hielt es sogar für notwendig, einige Fragen noch schärfer herauszuarbeiten. Die Internationale Pressekorrespondenz der Komintern Nr. 78 vom 19. 8. 1929 berichtet über Ulbrichts Ausführungen in Moskau folgendes:

„Im Unterschied zur Taktik in der 2. Periode besteht das Wesen unserer jetzigen Taktik darin, die Kämpfe der Arbeiter von vornherein selbständig zu organisieren und die organisierten wie die unorganisierten Arbeiter für die selbständige Kampfführung zu gewinnen. Das selbständige Hineinführen der Arbeitermassen in die Kämpfe durch die kommunistischen Parteien ist das entscheidende Charakteristikum der jetzigen Periode. Die Arbeit in den Massenorganisationen geschieht zu dem Zwecke, die Arbeitermassen für unsere selbständige Kampfführung zu gewinnen.“

„Wir müssen den Transmissionsriemen zerschneiden, d. h. die Reformisten isolieren. Unter diesen Bedingungen besteht die An-

wendung der Einheitsfronttaktik vor allem darin, durch Schaffung selbständiger Kampforgane, durch Einberufung von Delegiertenkonferenzen auf der Basis der proletarischen Demokratie die breitesten Arbeitermassen unter kommunistischer Führung zu vereinigen.“

Lob der Komintern für die Spaltungsarbeit der deutschen Kommunisten.

Der Russe Molotow stellte auf der 10. Plenartagung der Komintern 1929 in seiner Rede über die Notwendigkeit eigener Organisationen den deutschen Kommunisten für ihre schon geleistete Arbeit folgendes Lob aus (Inprekorr. Nr. 79 vom 20. 8. 1929, Seite 1818):

„Bei der Erfüllung dieser neuen Aufgaben haben wir bereits große Erfolge zu verzeichnen. In diesem Sinne sind die Erfahrungen der Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Polens, d. h. in jenen Ländern, die in bezug auf revolutionären Aufschwung allen anderen voran sind, von größter Bedeutung. Hier sehen wir bereits eine praktische Prüfung der neuen Taktik, zahlreiche Beispiele neuer Organisationsformen der Arbeiterklasse.“

Die von der Komintern als vorbildliche Erfolge hingestellten Taten der deutschen Kommunisten bestanden in der Spaltung der freien Gewerkschaften und Arbeiter-Sportverbände und in der Bildung Roter Gewerkschaftsverbände und des kommunistischen Sportverbandes.

Die KJL hinkt hinterher und wird gerüffelt.

Auf der Plenartagung der Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale (November—Dezember 1929) hielt der Kominternvertreter Manuilski das Referat: „Die dritte Periode und die proletarische Jugend“. Im Schlußwort ging er mit der KJL wegen ihrer ungenügenden Arbeit schwer ins Gericht und stellte fest (Inprekorr. Nr. 8 vom 23. 1. 1930, Seite 189):

„In der Resolution des 6. Weltkongresses (der Komintern) wird von der Notwendigkeit gesprochen, verschiedenste Jugendvereine und Organisationen zu schaffen, solche organisatorische Formen zu finden, die es uns ermöglichen, die Arbeiterjugend zu erfassen. Ihr seid aber nur darauf bedacht, uns nachzuahmen. Ihr habt keine eigene Initiative.“

Was will die Komintern aus den Sportorganisationen machen?

Darüber gibt die nachstehende Stelle aus dem Schlußwort des Kominternvertreters Manuilski in seinem Referat „Die dritte Periode und die proletarische Jugend“, gehalten auf der Plenartagung des EK der KJL im November—Dezember 1929, eindeutige Auskunft (Inprekorr. Nr. 8 vom 23. 1. 1930, Seite 189):

„Kein Genosse hat hier erzählt, welche praktischen Maßnahmen zur Eroberung und Politisierung der Sportorganisationen getroffen sind. Wir haben aber doch diesbezüglich konkrete Beschlüsse. Bei

richtigem Herantreten könntet ihr die Sportorganisationen für politische Ziele allseitig ausnützen. Ihr könntet sie zu umfassenden Reservoiren für die Aktionen der KJL in der politischen Klassenarena machen. Man muß sie zu den Demonstrationen, zu den politischen Kampagnen der KJL, zu den Streiks, zu den Wahlkampagnen usw. heranziehen. Aus den Sportorganisationen könntet ihr im gegenwärtigen Augenblick der Verschärfung des Klassenkampfes die Kader für den Selbstschutz schaffen. Man muß revolutionär, bolschewistisch arbeiten, aber nicht über Entpolitisierung jammern.“

7. Aufforderung zum Disziplinbruch und Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund.

„Brecht die Disziplin!“ ruft die RSL.

Auf dem 4. Kongreß der RSL im August 1928 führte der RSL-Sekretär Kaplan, Moskau, in den Schlußsätzen des Berichts über die Arbeiten des Exekutivkomitees der RSL aus:

„Wir müssen energischer als vorher arbeiten und gemeinsame Wettkämpfe mit Sektionen der LSL veranstalten. Wir sprechen offen zu unseren Parteianhängern: ‚Brecht die Disziplin!‘“ (Informationsblatt vom 4. Kongreß der RSL)

„Durchbrecht die gewerkschaftlichen Satzungen!“ verlangt die Komintern.

Vor dem 10. Ekkiplenum der Komintern im Jahre 1929 erklärte Manuilski, Moskau, in einem Referat (Inprekorr. Nr. 53 vom 21. 6. 1929):

„Die Kommunisten, die heute in den reformistischen Gewerkschaften bleiben, müssen die Aktivität ihrer Arbeit in ihnen um ein Vielfaches steigern, alle Tendenzen des gewerkschaftlichen Legalismus rücksichtslos bekämpfen; wenn es die Umstände erfordern, die formalen Rahmen der gewerkschaftlichen Satzungen durchbrechen. Nur durch eine solche aktive revolutionäre Politik werden die Kommunisten ihren Einfluß in den Gewerkschaften festigen. Noch nie war in den vielen verflossenen Jahren die Situation für die Lösung dieser Aufgabe so günstig wie jetzt.“

KPD.-Sportverband gegen Opposition im Rahmen der Bundessatzung.

Das Arbeiter-Sport- und -Kulturkartell Piesteritz-Klein-Wittenberg bei Halle, das dem kommunistischen Sportverband angehört, hielt am 9. 1. 1930 eine öffentliche Arbeiterversammlung ab, in der der Reichsleiter der Turner des KPD.-Sportverbandes, Nitzschke, Berlin, referierte. Korreferent war der aus der KPD. ausgeschlossene ehemalige KPD.-Sportsekretär Wiest, Berlin, der der KPD.-Opposition angehört. Die

Anhänger der KPD.-Opposition waren in der Mehrheit und brachten eine Entschließung ein, die sich gegen die Spaltungstaktik des KPD.-Sportverbandes wendet. Nitzschke sprach in seinem Schlußwort scharf gegen diese Entschließung, die u. a. wörtlich folgendes verlangte:

„Selbstverständlich kann und darf dieser Kampf nur im Rahmen der jeweils bestehenden Statuten und Körperschaftsbeschlüsse geführt werden. Sind dieselben vom reformistischen Geist erfüllt, so können sie nur durch die geschichtlich gewordene Organisation selbst geändert werden. Wer etwas anderes tut, kompromittiert nur die oppositionelle Bewegung.“

Aber in der KPD. wird strengste Disziplin verlangt.

Thälmann, der Vorsitzende der KPD., forderte auf dem 6. Weltkongreß 1928 der Komintern lt. Internationale Pressekorrespondenz Nr. 53 vom 2. 6. 1928:

Stärkste Kontrolle in der Partei, eiserne Disziplin der Statuten, unbedingte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit der Parlaments- und Gewerkschaftsfraktion und der Presse unter das Zentralkomitee.

Aufforderung zum Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund.

Die Opposition des Bezirkes Mittweida-Döbeln in Sachsen berief für den bundestreuen Sportverein Ehrenberg mittels Flugblatt für den 22. November 1929 eine Sportlerversammlung ein mit der Tagesordnung: „Austritt aus dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund und Übertritt zur Opposition im Bezirk Mittweida-Döbeln.“ Im Text dieses Flugblattes ist die folgende Aufforderung wörtlich enthalten:

„Tretet aus dem ATSB. aus und schließt euch an der Opposition Bezirk Mittweida-Döbeln.“

Die Versammlungseinberufung war von der genannten Opposition nicht nur mittels Flugblatt vorgenommen worden, sondern auch in einem Inserat im bürgerlichen „Waldheimer Tageblatt“ vom 21. November 1929. Auch in dem Inserat war die Tagesordnung angegeben mit 1. Bundesaustritt, 2. Übertritt zur Opposition im Bezirk Mittweida-Döbeln. Die Einberufung der Versammlung geschah ohne Wissen der Vereinsleitung.

Einige Beispiele, wie solche Aufforderungen befolgt wurden.

„Gegen den Strom“ Nr. 42 vom 19. Oktober 1929 (KPD.-Opposition) berichtet über „Die ‚Linie‘ der Interessengemeinschaft“.

„Am 4. Oktober berichtete die ‚Rote Fahne‘ vom Ruderverein Kollegia: Die Opposition (29 Mitglieder) vollzog ihren Austritt durch Verlesung nachstehender Erklärung, die widerspruchlos angenommen wurde.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Oktober 1929 schrieb über die Abmeldung des Bundesvereins „Freiheit“ Großdeuben b. Leipzig:

„Den Verein ‚Freiheit‘ Großdeuben hatten in einer Versammlung, in der der internationale Abenteurer Friedmann anwesend war, die Oberkommunisten Döhler und Thierbach beim Arbeiter-Turn- und -Sportbund abgemeldet! Bezeichnend ist dabei für die Schaffung des kommunistischen Sportverbandes, daß die kommunistische Leitung des Großdeubener Vereins nicht erst die Heuchelei eines ‚Kampfes um die Einheitsfront im Arbeitersport‘ aufzog, sondern gleich zum wirklichen Ziel griff: Raus aus dem Bund und hinein in den kommunistischen Verband. Statuten sind für die KPD.-Strategen dabei natürlich nicht maßgebend.“

8. Der KPD.-Sportverband ist da.

Wo oppositionelle Mehrheit, übernimmt die KPD. offen die Führung.

Im kommunistischen Funktionärorgan „Parteiarbeiter“ Heft 2 vom Februar 1929, Seite 37, schrieb Franz Dahlem, die damals maßgebende Persönlichkeit im Zentralkomitee der KPD., über: „Wendepunkte unserer Arbeit“ im Kapitel: „Kampf um die Hegemonie in allen Massenorganisationen“:

„Wo es uns gelingt, die reformistische Bürokratie in den Massen zu isolieren, werden wir die Organisation weiterführen.“

Am 26. Mai 1929 offizielle Gründung des KPD.-Sportverbandes.

Dazu hatten sich die kommunistischen Spalterführer des Arbeitersports aus dem Reich zu einer Sitzung in Berlin zusammengefunden. Zur Täuschung der Öffentlichkeit und um die Heuchelei mit der Einheitsfront weiter betreiben zu können, legte man sich den Namen „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport“, kurzgenannt „IG.“, zu. Auf dem ersten Reichskongreß Pfingsten 1930 in Erfurt änderte man den Namen in „Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit“ um, kurzgenannt „KG.“

Die Spaltung von Berlin, Halle usw. zur Generallinie erhoben.

Das Organ der KPD.-Opposition „Gegen den Strom“ vom 22. 6. 1929 berichtete unter der Überschrift „Spaltungskurs im Arbeitersport“:

„Die verhängnisvolle Politik der Dahlem, Merker hat der 12. Parteitag keineswegs korrigiert. Im Gegenteil. Dahlem erklärte auf dem Berliner Parteitag (der KPD.): Bisher haben wir entsprechend unserer alten Taktik nur von Fall zu Fall entschieden, in welcher Linie die Strategie der Kommunisten in der Arbeitersportbewegung gehen soll.“

„Gegen den Strom“ stellt dazu fest: „Damit erklärt der im ZK. für die Politik in den Massenorganisationen Verantwortliche, daß das, was in Berlin, Halle und Düsseldorf bisher „von Fall zu Fall“ geschah, jetzt zur Generallinie erhoben wird.“

Dahlem hält den Zeitpunkt dafür für gekommen.

„Gegen den Strom“, das Blatt der KPD.-Opposition, vom 22. 6. 1929 im Artikel „Spaltungskurs im Arbeitersport“:

„Kurz vor dem Parteitag am 26. Mai fand eine Reichskonferenz der oppositionellen Arbeitersportler in Berlin statt. Dort erfolgte die Gründung der ‚Interessengemeinschaft zwecks Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport‘. Daß dieser neue Laden in der Arbeitersportbewegung andere Zwecke verfolgen soll als sein langer Name sagt, das bestätigt Dahlem auf dem Parteitag, indem er erklärte: Wir glauben, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, daß wir in Berlin, in Halle, im Rheinland, in Sachsen und Thüringen, in anderen Bezirken, überall dort, wo die Mehrheit der Arbeitersportbewegung unter oppositioneller Führung steht, diese zusammengefaßt werden und diese Organisationen weiterführen als die alte, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Sportorganisation unter oppositioneller, unter kommunistischer Führung.“

Dazu stellt „Gegen den Strom“ fest: „Die Parteiführung ist demnach entschlossen, die deutsche Arbeitersportbewegung zu spalten und eine neue, eine kommunistische zu schaffen.“

Die IG. unter Führung der KPD. gebildet.

Der Dresdner Sportverein 1910, der bald nach der Gründung des KPD.-Sportverbandes zu diesem überging, gab anlässlich seines zwanzigjährigen Vereinsbestehens in seinem Mitteilungsblatt eine Schilderung des Entstehens dieses Sportverbandes, welche das Dresdner KPD.-Blatt „Arbeiterstimme“ Nr. 166 von 1930 veröffentlichte. In Fettdruck ist das zu lesen:

„Unter der Führung der KPD., der einzigen proletarischen Führerin, wurde die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport (IG.) gebildet.“

Zum ersten Reichskongreß der IG., Pfingsten 1930 in Erfurt, brachte das in Erfurt herausgegebene kommunistische Tageblatt „Thüringer Volksblatt“ Nr. 115 vom 7. Juni 1930 einen Begrüßungsartikel, in dem es heißt:

„Im Kampf gegen diese Feinde gibt es keine Neutralität, gibt es keine Kompromisse. Da kann es nur ein Rot-Sport als Glied des um seine politische und wirtschaftliche Macht unter Führung der Kommunistischen Partei kämpfenden Proletariats geben, ein Rot-Sport, das auch gleichzeitig ein Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion ist.“

„Die IG. ist eine parteikommunistische Schöpfung.“

Diese, hier wörtlich wiedergegebene Feststellung traf der „Volkswille“, Berlin, das Blatt der Leninisten, in seiner Ausgabe vom 1. 3. 1930 in einem Artikel: „Arbeitersport und Interessengemeinschaft (IG.)“.

Der ganze Apparat von der KPD. organisiert.

Ende 1930 ließ der kommunistische Sportverband in Guben den ersten Lausitzer Landeskongreß seiner Leute stattfinden, auf dem auch der Hauptpalterführer Friedmann sprach. Zu diesem Kongreß hatte sich der Kreissportwart Fritz Stabach von Guben, zugleich Vorsitzender des Gubener Athletenvereins des Arbeiter-Athletenbundes Deutschlands, Zugang verschafft. Stabach berichtet über den Kongreß in Nummer 1 der „Athletik“ des Arbeiter-Athletenbundes:

„Weiterhin habe ich die Bestätigung hören müssen, daß der ganze Apparat prima von der KPD. organisiert wird. Nicht wie man immer sagte, wir als KPD. wollen die Ausgeschlossenen nur nicht wild in der Weltgeschichte herumlaufen lassen.“

Anweisungen des 12. Reichsparteitages zur Organisation des eigenen Ladens.

Aus der Entschließung des Parteitages 1929, wiedergegeben im Funktionärorgan „Der Parteiarbeiter“ Heft 8 vom August 1929, Seite 229:

„Die revolutionäre Opposition in den alten proletarischen Massenorganisationen ist auf Grund des Klassenkampfes gegen die kapitalistisch-sozialdemokratische Führung dieser Organisationen gezwungen, sich immer mehr über den lokalen und bezirklichen Maßstab hinaus auch im Reichsmaßstab zu organisieren, zur Führung einer selbständigen und einheitlichen Politik überzugehen und einen entsprechenden Apparat mit Leitungen, Presse, Vertrieb usw. zu schaffen.“

Wie die IG. die vorhandene Einheit zerriß.

Das drastischste Beispiel dafür lieferte sie in der Spaltung der Sächsischen Spielvereinigung (Fußballer) 1929. Auf der Fußballvorstandskonferenz des Leipziger Bezirkes erklärte der Bezirksfußballspielleiter Meißner, damals selbst noch der KPD. angehörend:

„Ich stelle fest, daß in der Sächsischen Spielvereinigung des 4. Kreises Ausschlüsse von Vereinen noch nicht erfolgt sind, daß also das Einheitskomitee absolut keine Veranlassung hat, Einheit bei uns zu schaffen.“

Der Geschäftsführer des Fußballbezirkes Leipzig, Genosse Ott, erklärte auf derselben Vorstandskonferenz:

„Was heißt Einheit? Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport? Wir können es sagen; denn wir Fußballer sind ja einig. Wir bleiben einig und doch will man uns einreden, wir brauchten eine Wiederherstellung der Einheit. Der Kampf um die angebliche Einheit heißt Zertrümmerung der Bewegung. Das machen wir nicht mit. Wir halten die Disziplin und wer es nicht kann, möge seiner Wege gehen.“

Diese Konferenz fand am 28. September 1929 statt. Siehe Broschüre „Kampf um die Bundeseinheit“, Seite 15 und 23, herausgegeben vom Arbeiter-Turn- und -Sportbund E. V.

Eine von der KPD. aufgezugene Sache.

Am 28. September 1929 fand die Fußballvorstandekonferenz des Leipziger Bezirkes statt, auf der die vorstehenden Feststellungen über die tatsächlich vorhandene Einheit gemacht wurden. Aber bereits für den 8. September hatte das Leipziger Einheitskomitee zu einer Demonstration für die „Einheit“ aufgerufen. Über diese Demonstration berichtete das Organ der KPD.-Opposition „Gegen den Strom“ Nr. 29 vom 28. 9. 1929:

„Diese Veranstaltung war von vornherein zur Pleite verurteilt. Die Veranstaltung trug den Stempel einer von der Partei aufgezugenen Sache. Es zeigte sich wieder, daß die Sportpolitik der Partei nicht dem Interesse der Einheit im Arbeitersport dient. Die „Interessengemeinschaft“ hat ihrem eigenen Titel bereits Lügen gestraft. Sie hat den Kampf um die Einheit schon aufgegeben. Die „Interessengemeinschaft“ ist bereits die Organisationsform für die Schaffung einer zweiten Arbeitersportbewegung in Deutschland.“

Der ehemalige KPD.-Sportsekretär Wiest prangert das unehrliche Spiel der IG. an.

Fritz Wiest schrieb Anfang Dezember 1929 in der „Arbeiter-Tribüne“, Stuttgart, dem süddeutschen Blatt der KPD.-Opposition, in einem Artikel „Die Lage im Arbeitersport“ einleitend:

„Für oder gegen den Bund“, so lautet die umstrittene Frage in der deutschen Arbeitersportbewegung.

„Für oder gegen die Interessengemeinschaft“, wird die Frage von der derzeitigen KPD.-Führung gestellt.

Jeder Arbeitersportler muß heute nach einjährigen ununterbrochenen Massenausschlüssen und Spaltungen erkennen, daß die von der KPD. geführte Opposition mit der zweiten Fragestellung nur der ersten aus dem Wege geht. Für die Opposition kommt es aber heute mehr denn je darauf an, auf die Frage der Bundesinstanzen eine klare und eindeutige Antwort zu geben. Und diese Antwort kann nur lauten: Für den Bund; für die einigen geschlossenen Arbeitersportverbände! Wer das nicht will, der soll das offen sagen. Wer das nicht offen zu sagen wagt und die Spaltung mit der Einheitsfrontphrase betreibt, treibt ein unehrliches Spiel mit der Arbeitersportbewegung. Das mögen sich die Dahlem, Friedmann und wie sonst noch die kleinen Nachäffer in den Bezirken heißen, merken!“

Ein Zurück zum Bund läßt die KPD. nicht zu.

Das Blatt der KPD.-Opposition „Gegen den Strom“ Nr. 29 vom 28. 9. 1929 gab anlässlich der ersten Demonstration der Leipziger IG.-Filiale folgendes bekannt:

„Das ZK. der Partei erklärte auch bereits, daß die Wiederaufnahme der Opposition — als ob es außer den bereits Ausgeschlossenen keine Opposition in den Verbänden mehr gäbe — nicht mehr in Frage komme.“

Bald nach der Gründung der Hamburger IG.-Filiale trat der dortige Bundesverein VfL. 06 zu ihr über, mußte aber kurz darauf feststellen, daß das Gerede von der Einheit Schwindel ist. Die Vereinsleitung bahnte darum Verhandlungen mit der Bezirksleitung des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes zwecks Wiederaufnahme in den Bund an. Die „Sportpolitischen Informationen“ Nr. 5 vom 14. März 1930, herausgegeben von der KPD.-Opposition, berichten dazu:

„Es muß hier aber noch einiges über das Verhalten der kommunistischen Parteileitung gesagt werden. In der Befürchtung, daß der ATSB. annehmbare Bedingungen stellt und dadurch eine Wiedervereinigung herbeigeführt werden könne, bewerkstelligte sie die heimliche Aufnahme von etwa 40 Jugendlichen in den VfL., wozu die Gelder aus der Parteikasse genommen wurden. Hierdurch sollte der nötige Boden in der Generalversammlung gegen eine Wiedervereinigung geschaffen werden.“

Nicht die Einheit, sondern die politischen Parolen der KPD. sind maßgebend.

Eine schwere Enttäuschung erlebte die Mehrzahl der Mitglieder des ehemaligen Berliner Bundesvereins „Schwimmverein Vorwärts“. Der Verein war der IG. beigetreten im guten Glauben, daß sie tatsächlich für die Einheitsfront im Arbeitersport arbeitet. Enttäuscht kehrte der größte Teil dieser Mitglieder 1930 zum Bund zurück und gründete den Bundesverein „SV. Möve“. In der Festschrift zu seinem ersten Vereinsschwimmfest am 7. 12. 1930 ist über die Erfahrungen in der IG. folgendes berichtet:

„Von dieser Organisation, die ausdrücklich die Verwirklichung der Einheit der gesamten Arbeitersportbewegung propagierte, erwarteten die Mitglieder, daß von der Führung auch im Sinne dieser Einheit gearbeitet würde. Im Laufe der Zeit trat aber immer mehr und mehr die Einseitigkeit der IG. und ihrer „Führer“ zutage. Immer klarer erkannten unsere Mitglieder, daß die IG. durch die demagogische Politik ihrer „Führer“ die politischen Parolen der KPD. (linientreu) zu befolgen hatte.“

Die IG.-Sportler vor den Karren der RGO. gespannt.

In derselben Festschrift des Berliner Schwimmvereins „Möve“ wird berichtet:

„Ohne Befragung der Mitgliedschaft, ja teilweise gegen den ausgesprochenen Willen derselben werden die IG.-Sportler vor den Karren der Reichs-Gewerkschafts-Opposition (RGO.) gespannt.“

KPD.-Bericht nach Rußland über ihren Sportverband.

Die „Prawda“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Rußlands, veröffentlicht in ihrer Nr. 34 vom 4. 2. 1931 einen Rechenschaftsbericht des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kreutzburg über: „Der organisatorische Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands.“ In dem Kapitel: „Die organisatorische Entwicklung der von uns geleiteten Massenorganisationen“ berichtet Kreutzburg:

„In einem erbarmungslosen und erbitterten Kampf gegen den Regierungsapparat, den Faschismus und Sozialfaschismus, in einer jahrelangen Fraktions- und Oppositionsarbeit hat unsere Partei eine Reihe von Massenorganisationen zu entwickeln verstanden.“

Kreutzburg zählt dann auf, wieviel Vereine, erwachsene Mitglieder und Kinder die „Rote Sportbewegung“ zur Zeit zählt und setzt die statistischen Angaben mit folgenden Ausführungen fort:

„Aber, daß auch hier unser Einfluß im raschen Wachsen begriffen ist beweist die Tatsache, daß in den letzten zwei Monaten 266 Vereine, die der reformistischen Vereinigung angehörten, sich unserer Organisation angeschlossen haben.“

Die hier genannte Vereinszahl ist natürlich ganz unkontrollierbar und als Schwindel zu bezeichnen. Wert an den Ausführungen ist nur die Feststellung, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kreutzburg von der „Roten Sportbewegung“, die durch die IG. verkörpert wird, als von „unserer“ Organisation berichtet, also von der Organisation der Kommunistischen Partei.

9. Die Spalterei geht weiter.

KPD.-Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg 1930 zeigt den roten Sportlern Richtlinien und Taktik für ihren Kampf.

Die „Rote Fahne“, Berlin, Nr. 121 vom 25. Mai 1930 brachte unter den Überschriften: „Ein Rot-Sport dem bolschewistischen Parteitag“, „Partei und Arbeitersport“ u. a. auch folgende Mitteilung:

„Der Bezirksparteitag wird eine klare revolutionäre Linie festlegen und damit den revolutionären Arbeitersportlern die Richtlinie und die Taktik ihres Kampfes aufzeigen. Die Arbeitersportler erwarten diese Unterstützung, um unter Führung der KPD. die Kämpfe der nächsten Zeit siegreich zu führen.“

KPD.-Bezirksparteitag Sachsen 1930 fordert verstärkte Arbeit in der Sportbewegung.

Das kommunistische Tageblatt „Arbeiterstimme“, Dresden, Nr. 107 vom 9. Mai 1930 veröffentlicht eine auf dem Bezirksparteitag angenommene Entschließung: „Verstärkte Arbeit in der Sportbewegung“, in der es heißt:

„Die Sportbewegung ist ein großes Rekrutierungsfeld für die Partei. Ein großer Teil von Parteimitgliedern, ja sogar ganze Ortsgruppen haben dies noch nicht erkannt und legen der Arbeit in der Sportbewegung keinen Wert bei. Das ist falsch. Die Ortsgruppen müssen dazu übergehen, überall Vereinsfraktionen ins Leben zu rufen, die eine planmäßige Arbeit leisten. Der Bezirksparteitag beschließt, daß die Arbeit in den Sportorganisationen verstärkt wird und verpflichtet die Ortsgruppen, die aufgezeigte Arbeit sofort zu

beginnen, die Genossen in den Sportvereinen zu unterstützen und zu kontrollieren, und die ausgiebigste Propaganda für das Reichstreffen der Sportopposition zu Pfingsten 1930 in Erfurt zu betreiben.“

Auch von Westdeutschland wird einheitliches und geschlossenes Vorgehen verlangt.

Das Düsseldorfer KPD.-Blatt „Freiheit“ vom 3. Juli 1929 schrieb nach der Gründung der IG.:

„Jede Parteileitung muß durch straffe Organisation der Fraktion in jedem Sportverein mithelfen, daß nunmehr die Opposition im Arbeitersport im Reich auf der ganzen Front einheitlich und geschlossen vorgeht. Überall sind die Parolen der Opposition auf die Tagesordnung zu stellen und ein geduldiger, ausdauernder, taktisch geschickter Kampf um die Mehrheit in den Vereinen, Bezirken und Kreisen zu führen.“

Anweisungen zur Beseitigung des Vereinseigentums.

Die Reichsleitung der IG. gab 1930 ein 25 Seiten umfassendes Rundschreiben an ihre Vertrauensleute heraus, in dem es auf Seite 2 heißt:

„Die Vereine werden auch darauf bedacht sein, rechtzeitig ihr Vereinsvermögen zu verkaufen, wozu sie berechtigt sind, und werden sich die Geräte oder das sonstige Vereinsmaterial von dritter Stelle durch Miete oder Leihe der Geräte zur unangreifbaren Benutzung sichern. Hat der Verein ein Konto bei reformistischen Konsumvereinen oder bei der reformistisch geleiteten Arbeiterbank, so wird er sofort das Konto abheben.“

Im September 1931 kam der Bundesleitung ein Rundschreiben der Landesleitung der Rad- und Motorradfahrer, Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, Landesgebiet Sachsen, über vertrauliche juristische Winke zur Kenntnis. Darin heißt es:

„3. Schaffung linientreuer und zuverlässiger Funktionäre und Vorstände, welche die rote Sportbewegung als ihr höchstes Ziel betrachten.

4. Die Vorstände müssen sich Vollmachten zur Sicherstellung des Vereinsvermögens und Inventars von den Mitgliedern geben lassen. Protokollarische Festlegung ist notwendig.

5. Sofortige Kündigung und Abhebung aller Gelder aus reformistischen Konsumvereinen, Volkshaussparkassen sowie der Arbeiter- und Angestelltenbank.

6. Gelder, Verträge, Kassen und Protokollbücher dürfen nicht in den Wohnungen der bekannten Vorstände lagern, sondern müssen bei zuverlässigen und unbekanntem Genossen untergebracht werden.

Über besondere interne Ratschläge, die zu schnellen Entscheidungen und Handeln drängen ist die Landesspartenleitung sofort anzurufen.“

Die Spaltung des Arbeiter-Schützenbundes ein Werk der KPD.

Das kommunistische Funktionärorgan „Der Parteiarbeiter“ Nr. 11 vom November 1929 schreibt über „Die Lehren der Reichskonferenz der oppositionellen Arbeiterschützen“:

„Das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterschützen zeigt, daß da, wo man die Linie der Partei nicht nur „anerkennt“, sondern in der täglichen praktischen Arbeit anwendet, der Erfolg nicht ausbleibt.“

Wie der Arbeiter-Mandolinistenbund gespalten wurde.

Die Leitung dieses Bundes setzte sich zur Zeit der Spaltung zusammen aus Mitgliedern der KPD., der KPD.-Opposition und der SPD. Der Bundestag 1930 kam der linientreuen Opposition sogar so weit entgegen, daß er durch Beschluß den Vereinen gestattete, mit der kommunistischen „IFA.“ (Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur) ein Kartellverhältnis einzugehen. Doch auch dieses Zugeständnis vermochte die von der KPD. geforderte Spaltung nicht aufzuhalten. Die Bundesleitung veröffentlichte darüber in Nr. 11 „Freier Zupfer“ vom November 1930 folgendes Ergebnis:

„Der Genosse Zumbusch war in Berlin und hat versucht, die Spaltung zu verhindern. Die parteipolitische Einstellung in der Oppositionsversammlung ließ jedoch eine Einigung nicht zu. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß unsere Vereine das Recht haben, sich der „IFA.“ anzuschließen. Trotzdem provoziert die Opposition mit einem erneuten Beschluß gegen die Bundestagung.

Da die Genossen Natusch, Sauer usw. selbst jeden Schriftverkehr mit der Bundesleitung ablehnten, war eine Einigung unmöglich.“

Die „Arbeiter-Politik“, das Blatt der KPD.-Opposition, Nr. 254 vom 30. 10. 1930, schrieb zu dem Vorgehen der Berliner Opposition:

„Es ist offensichtlich, daß hinter der Berliner Opposition die KPD.- und IG.-Führung stehen, denen eine Abspaltung vom DAMB. willkommen ist, um der IG. wieder einige Dutzend Mitglieder zuführen zu können.“

Zurückweichen bei den Athleten verstößt gegen die Parteilinie.

Die Reichsfraktionsleitung der Kommunisten im Arbeitersport sandte unter dem 24. 1. 1930 an die Fraktion im Arbeiter-Athletenbund ein Rundschreiben, in dem Stellung genommen wird zu den Ergebnissen der Reichskonferenz der oppositionellen Arbeiter-Athleten im Dezember 1930:

„Die Genossen im Mannheimer Bezirk lehnten die Teilnahme an der Reichskonferenz ab, um einem eventuellen Ausschluß aus dem Wege zu gehen, trotzdem maßgebende Vereine zur Opposition stehen. Eine solche Politik ist keinesfalls vereinbar mit der Linie der Partei.“

Eigene Läden auch bei den Radfahrern.

Die „Arbeiter-Politik“, Berlin, Nr. 132 vom 10. 6. 1931 schreibt unter der Überschrift „Spaltungsarbeit im Breslauer Arbeitersport“: „Auch im Breslauer Arbeitersport versucht die KPD.-Führung krampfhaft,

eigene Läden aufzumachen.“ Vor kurzem stand erst wieder in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ folgende Notiz:

„Rote Radler! Hiermit laden wir alle Interessenten des Radsports zu dem am 2. Juni bei Henke, Mariannenstr. 7, stattfindenden Gründungsversammlung einer Radfahrsparte auf revolutionärer Grundlage ein.“

„Provoziert und sabotiert, daß es nur so kracht!“ sagt der Naturfreundespalterführer von Württemberg.

„Arbeiter-Politik“, Berlin, (KPD.-Opposition) vom 21. 2. 1931 berichtet unter der Überschrift „Spaltung des TVdN. in Württemberg“:

„Wie offen die Zerstörung proklamiert wird, illustriert der IG.-Führer Kober mit dem Ausspruch: ‚Provozieren und Sabotieren, daß es nur so kracht. Da wollen wir doch sehen, ob sie euch nicht herauschmeißen, die Spaltungskommissäre.‘“

Dazu bemerkt die „Arbeiter-Politik“: „Hoch die Sabotage! Es lebe die Provokation! Bis in den kleinbürgerlichen anarchistischen Sumpf haben es die um Thälmann und Remmele gebracht.“

Auch der Arbeiter-Sänger-Bund von der KPD. gespalten.

Der deutsche Arbeiter-Sänger-Bund gab in seinem Pressedienst Nr. 33 im Juni 1931 den Parteizeitungen folgendes zur Veröffentlichung bekannt:

„Die KPD. eröffnet inmitten der Krise ihren aktiven Angriff gegen den Arbeiter-Sänger-Bund. Eine besondere Zentrale, die „Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger“, Sitz Berlin, Münzstr. 24, soll das Zerstörungswerk vollbringen. Es bestanden schon seit Jahren kleinere Gruppen: Freier Arbeiter-Sängerbund, Freie Sängergemeinschaft; seit dem 25. Januar 1931 der Arbeiter-Sängerbund (Opposition). Nun noch als Vierter im Bunde die Kampfgemeinschaft! Vier kommunistische Gruppen können in sich keine Einheit schaffen — aber die vier glauben, die bestehende Einheit der Arbeitersänger, den D.A.S., zerschlagen zu können.

Es sind keinerlei Ausschlüsse aus dem Arbeiter-Sänger-Bund erfolgt; Verbote von irgendwelchen Bundesverlagschören sind nicht ausgesprochen.

In einem Vortrag hat der kommunistische Führer Hermann Dunker nach dem Bericht der kommunistischen Presse über die Kampfgemeinschaft folgendes erklärt: „Wir haben nichts mehr mit dem heutigen Arbeiter-Sänger-Bund zu tun, aber alle in unseren Reihen haben das noch nicht erkannt“.

Die Kampfgemeinschaft ist ein kommunistischer Sängerbund und wird damit zum Spalter der bisher einheitlichen Arbeiter-Sänger-Bewegung.“

Noch mehr organisierte Spaltungsvorstöße werden verlangt.

Die Rote Sport-Internationale ist mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Spalterbeauftragten in Deutschland noch lange nicht zufrieden.

Sie will die vollständige Vernichtung der sozialistischen Sport- und Kulturorganisationen bzw. die Überführung großer Teile dieser Organisationen in die kommunistischen Verbände. Das deutschsprachige Organ der Roten Sport-Internationale, „Internationaler Arbeitersport“, Zeitschrift für Fragen der internationalen revolutionären Arbeitersportbewegung, Nr. 9, September 1931, veröffentlicht auf Seite 339 einen Artikel von F. Lessing: „Einheitsfrontarbeit durch Kampf um Teilforderungen.“ In ihm ist u. a. zu lesen:

„Es fehlt an der Zusammenfassung aller oppositionellen Elemente um organisierte Vorstöße einzuleiten, um die proletarischen Sportler von den faschistischen und reformistischen Führern zu trennen, größere Einheiten für die revolutionären Verbände zu gewinnen.“

10. Wie sieht denn die Einheit im KPD.-Sportverband aus?

Die Fraktion der Unorganisierten.

Nachdem die Kommunisten ihren eigenen Sportverband aufgezogen haben, müßte man annehmen, daß sie in ihm der Öffentlichkeit Musterbeispiele von Einheit geben. Aber hier bewahrheitet sich wieder der Fluch der bösen Tat, die forzeugend Böses muß gebären. Schon in den Richtlinien für den eigenen Laden heißt es, daß auch in ihm kommunistische Fraktionen bestehen müssen. Daß dies der Fall ist, beweisen die zahlreichen amtlichen Bekanntmachungen der KPD.-Tagesblätter, in denen die Kommunisten zu Sportfraktionssitzungen geladen werden. Druck erzeugt Gegendruck, und so konnte es in Berlin nicht ausbleiben, daß sich die nicht in der KPD. organisierten Mitglieder des kommunistischen Sportverbandes zu einer Fraktion der Unorganisierten zusammenschlossen. Im Protokoll über den Berliner Kreistag des kommunistischen Sportverbandes von 1929 heißt es in „Sport und Spiel“, dem Blatt des KPD.-Sportverbandes Nr. 50 vom 10. 12. 1929:

„Genosse Bergmann, Schöneberg, stellt fest, daß sich eine Fraktion der Unorganisierten gebildet hat, die eine negative Kritik übt. Statt sachlicher Vorschläge würden Kämpfe gegen die in der KPD. organisierten Genossen geführt.“

Mitglieder der KPD.-Opposition werden vom KPD.-Sportverband ausgeschlossen.

Meldung der „Arbeiter-Politik“ Nr. 253 vom 30. 10. 1931 (KPD.-Opposition) aus Geesthacht b. Hamburg unter der Überschrift: „Die KG. schließt aus“:

„Am 6. Oktober erhielten vier KPDO.-Genossen ein Schreiben, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß sie aus dem Sportverein „Roter Stern“ (der dem kommunistischen Sportverband angehört) ausgeschlossen sind. Der Ausschuß erfolgte, ohne daß vordem ein Ausschußantrag in einer Versammlung vorlag. Als Ausschußgrund wird angegeben, daß die betreffenden Mitglieder der KPDO. angehören.“

Wer an einem KPDO.-Blatt mitarbeitet, fliegt aus dem KPD.-Sportverband.

Meldung der „Arbeiter-Politik“ vom 23. 4. 1931 unter der Überschrift: „Ein schlimmer Streich der KG.-Führung — Sportberichterstatte der „Arbeiter-Politik“ aus der KG. ausgeschlossen“:

„Jetzt erst erfahren wir, daß der Genosse Winzer auf der letzten Gruppenversammlung der Fußballabteilung Oberspree (Berlin), in der der KPD.-Mann Netzeband von der KG.-Leitung referierte, ausgeschlossen worden ist, weil er für die „Arbeiter-Politik“ die Sportnachrichten der KG. geschrieben hat.“

Über ein weiteres Beispiel berichtet die „Arbeiter-Politik“ vom 21. 11. 1931 aus Delitzsch bei Halle a. Sa.:

„In der letzten Mitgliederversammlung der Arbeiterradfahrer wurde unser Genosse Hans Beckmann deshalb ausgeschlossen, weil er über diese Versammlung einen Bericht für die „Arbeiterpolitik“ geschrieben hatte. Jeder Leser der Zeitung kann sich davon überzeugen, daß der Bericht durchaus sachlich war und die kritischen Bemerkungen keinesfalls in einer der Arbeiterradfahrerbewegung feindlichen Form geschrieben wurden. Es wurde lediglich untersucht, woran der Mitgliederrückgang bei den Arbeiterradfahrern liegt und unser Genosse legte seine Meinung dazu dar. Aber das schon hat genügt, ihn auszuschließen.“

In Fichte Berlin ist Verteilung der „Arbeiter-Politik“ schon Ausschußgrund.

Meldung der „Arbeiter-Politik“ Nr. 112 vom 15. Mai 1930 über die Funktionärerversammlung von Fichte am 7. Mai 1930:

„Karl Tietz — langjähriges Mitglied der Reichssportfraktionsleitung der Partei — rechnete mit den Friedmännern gründlich ab. Die Wandersparte müsse sich dagegen wehren, daß die Parteiführung die Fraktionskämpfe der Partei in die Wandersparte hineintrage. Der Ausschußantrag gegen Fred Strauß zeige, daß die Verteilung der „Arbeiter-Politik“ bereits ein Ausschußgrund in Fichte geworden sei. An der Spitze der Hetze gegen die alten Funktionäre steht Dr. Harri Bergmann, der ehemalige Gauobmann des bürgerlichen Wandervogels.“ (Siehe Bergmann: Fraktion der Unorganisierten.)

Rot-Sportführer saufen mit Nazis. Wer dagegen ist fliegt raus.

Der kommunistische Sportverband (KG.) hat die vier Gründer des KG.-Vereins „Roter Stern“ in Geesthacht bei Hamburg, A. und P. Ziehl, Junge und Ahrens ausgeschlossen, weil sie Mitglieder der KPD.-Oppo-



sition geworden waren. Dagegen haben die vier bei der Reichsleitung der KG. Berufung eingelegt und sich dabei auf den von der Reichsleitung der KG. bei gewissen Anlässen betonten „überparteilichen Charakter“ der KG. gestützt. Die Berufung ist von der KG.-Leitung mit Schreiben vom 12. Dezember 1931 ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden. Daraufhin haben die vier der KG.-Leitung ein Schreiben zugestellt: in dem sie u. a. folgende Feststellungen machen (veröffentlicht in der „Arbeiter-Politik“ Nr. 1 vom 1. 1. 1932):

„Worin bestehen unsere vereinschädigenden Arbeiten, worin? Wir sind die Gründer des „Roten Sterns“ und haben bis zum letzten Tag dafür gearbeitet, wo eure Prominenten mit den Nazis herumsoffen oder andere Schweinereien machten.

Unser einzigstes Verbrechen besteht darin, daß wir durch die diktatorischen Maßnahmen von Klann und Schubert gezwungen wurden, Mitglied der kommunistischen Opposition zu werden.

Also wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Opposition sind wir vier ausgeschlossen worden. Damit ist euer Schwindel, daß die rote Sportorganisation eine überparteiliche Organisation ist, wieder einmal festgestellt. Ihr seid ebenso überparteilich wie die Rote Hilfe, IAH., RGO. und andere Organisationen.“

So urteilen Kommunisten über die „überparteiliche“ KG., die stets Dämmere sucht, die auf ihren „Einheitsfrontleim“ kriechen.

Nichts ist es mit der proletarischen Demokratie.

Meldung der „Arbeiter-Politik“ Nr. 120 vom 27. 5. 1931 unter der Überschrift: „Um den roten Sportverband“:

„Leider hat die KG. durch die Ausschlüsse vieler der proletarischen Revolution treu ergebener Genossen, nur weil sie zur RGO.- oder zur KPD.-Politik in Opposition stehen, die proletarische Demokratie selbst preisgegeben.“